

GUT GERÜSTET?

**Bedrohungsszenarien, militärische Fähigkeiten
und Strategien gegenüber Russland**

**Greenpeace
ist finanziell
unabhängig von
Politik und
Wirtschaft**

greenpeace.de

GREENPEACE

Gut gerüstet?

Bedrohungsszenarien, militärische Fähigkeiten und Strategien gegenüber Russland

Autor:

Dr. Max Mutschler

Senior Researcher, bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

T +49 228.911 96-39

M max.mutschler@bicc.de

Mitarbeitende: Zoe Höh und Hannah Jülich

Medienansprechpartner:

Dr. Alexander Lurz

Greenpeace-Experte für Frieden und Abrüstung

T +49 175.305 41 13

M alurz@greenpeace.org

Eine Studie im Auftrag von Greenpeace e.V.

Hamburg, März 2026

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Dr. Alexander Lurz **Autor** Dr. Max Mutschler **Gestaltung** Henning Thomas **Titel / Cover** Flashpic / picture alliance / dpa **Stand** 03/2026

Inhalt

Zusammenfassung	05
1. Einleitung	06
2. Die Argumente der Aufrüstungsbefürworter	08
3. Die Argumente der Aufrüstungsskeptiker	13
4. Wer hat Recht?	18
5. Entwicklung von Strategie und militärischen Fähigkeiten von Bundeswehr und NATO	22
5.1 NATO: Strategie und Fähigkeiten	22
5.2 Aufrüstung der Bundeswehr nach 2022	25
6. Fazit	27
Literaturverzeichnis	30

Vorwort

Ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro im Jahr 2022, die Herausnahme der Bundeswehrfinanzierung aus der Schuldenbremse zum Start der neuen Bundesregierung und schließlich der NATO-Beschluss im Juni 2025 in Den Haag, zukünftig 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben – es gibt praktisch keine finanzielle Grenze mehr für die Aufrüstung der Bundeswehr: Und so liest sich auch die Liste der Beschaffungsvorhaben, die seit 2022 vom Bundestag beschlossen worden sind: Transporthubschrauber, leichte Kampfhubschrauber, Munition aller Kaliber, Fregatten, Seeaufklärer, Kampfflugzeuge, Sturmgewehre, Kampfdrohnen... Geld spielt keine Rolle mehr und beschafft wird, was schon immer auf dem Wunschzettel des Verteidigungsministeriums stand.

Die Bundesregierungen von Bundeskanzler Olaf Scholz und noch mehr die seines Nachfolgers im Amt Friedrich Merz stellen eine massiv aufgerüstete Bundeswehr ins Zentrum ihrer Sicherheitspolitik. Welchem militärischen Konzept sie dabei folgen, ob es dazu Alternativen gibt, ob eine im Höchsttempo vollzogene Aufrüstung nicht auch Gefahren mit sich bringt und welche anderen Pfeiler eine umfassende sicherheitspolitische Strategie braucht, wird öffentlich erstaunlich wenig hinterfragt und diskutiert.

Im Auftrag von Greenpeace hat Dr. Max Mutschler vom Bonn International Centre for Conflict Studie sich dieser Fragen angenommen und Antworten formuliert. Und, so viel sei hier bereits angemerkt, es gibt Antworten, die nicht die Bedrohung durch das aggressive und völkerrechtswidrig agierende Russland unter Wladimir Putin leugnen und gleichzeitig den aktuellen massiven Aufrüstungskurs der Bundesregierung in Frage stellen. Es ist zu hoffen, dass mit dieser Studie eine öffentliche Debatte an Dynamik gewinnt, die die Vielschichtigkeit der Bedrohungslage anerkennt und entsprechende Konzepte sucht.

Dr. Alexander Lurz
Greenpeace-Experte für Abrüstung und Frieden

Zusammenfassung

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 durch Russland und vor allem mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 ist die Landes- und Bündnisverteidigung in den Mittelpunkt der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerückt. Hinsichtlich der Frage welche konkrete Bedrohung von Russland für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ausgeht und wie darauf zu reagieren ist, gehen die Meinungen auseinander. Während einige Beobachter:innen die Ansicht vertreten, ein Angriff auf NATO-Territorium läge nicht im russischen Interesse bzw. könne weitgehend mit den bestehenden militärischen Fähigkeiten abgeschreckt werden, sieht die überwiegende Mehrheit in Russlands Verhalten einen territorialen Revisionismus und Neoimperialismus der nicht nur die Ukraine, sondern auch die territoriale Integrität und Souveränität von NATO-Staaten, insbesondere im Baltikum, bedroht. Diese Sichtweise ist in der Regel mit Forderungen nach massiver militärischer Aufrüstung der Bundeswehr verknüpft. Eine Position die sich nach 2022 in der deutschen Politik – insbesondere mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr, der Lockerung der Schuldenbremse und der Erhöhungen der Militärausgaben – weitgehend durchgesetzt hat, auch unter dem Eindruck eines starken Vertrauensverlusts in die sicherheitspolitische Unterstützung durch die USA.

Aber ist diese Politik der massiven Aufrüstung der Bundeswehr sicherheitspolitisch sinnvoll und gut durchdacht? Welche Schwachstellen und blinden Flecken hat sie? Über welche Alternativen und Ergänzungen sollte man nachdenken? Um diese Fragen zu beantworten betrachtet diese Studie die Argumente von Aufrüstungsbefürwortern und -skeptikern, wägt sie gegeneinander ab und hinterfragt beide Seiten kritisch. So werden Ungewissheiten und Ambivalenzen sichtbar, auf deren Grundlage Raum für neue Strategien und Handlungsempfehlungen geschaffen wird, welche die Stärken der beiden Positionen kombinieren, um ihre jeweiligen Schwächen abzufedern.

Die zentralen Ergebnisse und Empfehlungen der Studie lauten folgendermaßen:

1. Abschreckung ist nicht gleich Abschreckung:

Angesichts der veränderten Sicherheitslage in Europa durch den russischen Angriff auf die Ukraine hat eine Strategie der Abschreckung ihre Berechtigung. Die Bundesregierung sollte im Rahmen der NATO aber primär für einen Ansatz von deterrence by denial in Form einer defensiven Positionsverteidigung mit Schwerpunkt im Baltikum plädieren. Das ist risikoärmer als deterrence by punishment und angesichts Unsicherheiten bezüglich der US-Unterstützung für die europäischen NATO-Staaten auch realistischer umzusetzen.

2. Zielgerichtete Investitionen statt mehr von allem:

Für die Umsetzung einer solchen Strategie ist es richtig, in bestimmten Bereichen aufzurüsten, etwa bei bewaffneten Drohnen und deren Abwehr. Fragwürdig ist aber der bislang von der Bundesregierung praktizierte, auf teure Großprojekte fokussierte „viel-hilft-viel“ Ansatz. Die Bundesregierung sollte stattdessen zielgerichteter in den Ausbau der Verteidigungslinien im Baltikum investieren. Das passt besser zu einer defensiven Abschreckungsstrategie und ist darüber hinaus auch noch kostengünstiger.

3. Rüstungskontrolle eine Chance geben:

Abschreckung allein ist zu riskant. Sie sollte durch Rüstungskontrolle ergänzt werden. Bestimmte Waffenkategorien, zum Beispiel weitreichende Distanzwaffen, passen nicht zur hier empfohlenen Abschreckungsstrategie und bergen vergleichsweise große Risiken im Hinblick auf Eskalationsgefahr und Schadenspotenzial. Die Bundesregierung sollte Konzepte zur Begrenzung dieser Waffen in Europa entwickeln. Im Erfolgsfall könnten enorme Kosten gespart werden.

1. Einleitung

Die Aufgaben der Bundeswehr haben sich im Laufe der Zeit erheblich verändert.¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Wiederbewaffnung Deutschlands nur bei einer strikt defensiven und fest in die Bündnisstrukturen eingegliederten Bundeswehr möglich, deren Einsatz auf die Landes- und Bündnisverteidigung beschränkt war. Mit Ende des Kalten Krieges und unter dem Druck von NATO und EU entwickelte sich die Bundeswehr ab den 1990er-Jahren zu einer Armee im Einsatz. Neben der Landes- und Bündnisverteidigung rückten Auslandseinsätze im europäischen und globalen Raum in den Fokus. Internationales Konflikt- und Krisenmanagement wurden zur Hauptaufgabe der Bundeswehr. Beginnend mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 durch Russland und spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 ist jedoch die Landes- und Bündnisverteidigung wieder in den Mittelpunkt gerückt. Der Fokus gilt erneut der Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO. Der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz und in der Folge auch die 2023 von der Bundesregierung veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie sprachen von einer Zeitenwende für Deutschland, einem Umbruch des sicherheitspolitischen Umfelds (Nationale Sicherheitsstrategie 2023).

Russland wird darin als größte Bedrohung für die europäische Sicherheit eingestuft. Das ist wenig überraschend, hat doch der russische Angriff auf die territoriale Souveränität der Ukraine (der bereits 2014 mit der Annexion der Krim begonnen hatte) die europäische Sicherheitsordnung ins Wanken gebracht. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung und Diskussion von zukünftigen militärischen Bedrohungsszenarien für Deutschland und Europa wider, bei denen es zumeist um die Frage geht, welche Bedrohungen von Russland für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ausgehen. Bei der Beantwortung dieser Frage gehen die Einschätzungen und Bewertungen der einschlägigen Studien jedoch auseinander. Während einige Beobachter:innen die Meinung vertreten, ein Angriff auf NATO-Territorium läge nicht im russischen Interesse, sehen andere in Russlands Verhalten einen territorialen Revisionismus und Neoimperialismus der nicht nur

die Ukraine, sondern auch die territoriale Integrität und Souveränität von NATO-Staaten, insbesondere im Baltikum, bedroht. Diese beiden unterschiedlichen Sichtweisen werden oft mit zusätzlichen Argumenten untermauert – etwa im Hinblick auf das militärische Kräfteverhältnis zwischen Russland und der NATO – und sind in der Regel mit entsprechenden Politikempfehlungen gekoppelt. Diejenigen, die vor einem russischen Angriff auf die NATO warnen, setzen in der Regel auf eine Strategie der Abschreckung und sehen den Bedarf massiver militärischer Aufrüstung der Bundeswehr (und auch weiterer NATO-Staaten), damit eine solche Abschreckung funktionieren kann (z. B. Mölling/Schütz 2023 oder Wolff et al. 2024). Die Gegenseite argumentiert zumeist, dass eine solche massive Aufrüstung nicht notwendig ist und auch nicht mehr Sicherheit garantiert, sondern sogar den gegenteiligen Effekt haben kann, weil sie zu einem Wettrüsten zwischen Russland und der NATO führen könnte, an dessen Ende alle Seiten weniger sicher sind (z. B. Beebe et al. 2024 oder Steinmetz et al. 2024).

Nur wenige Beiträge entziehen sich dieser Polarisierung, wägen Argumente gegeneinander ab, erkennen Ungewissheit und Ambivalenz an und öffnen dadurch Raum für neue Strategien und Handlungsempfehlungen. Genau hierzu will diese Studie einen Beitrag leisten, indem sie fragt, welche Streitkräfte und welche Verteidigungspolitik Deutschland mit Blick auf Russland braucht. Um diese Frage zu beantworten, werden Bedrohungsszenarien, militärische Fähigkeiten und Strategien für den sicherheitspolitischen Umgang mit Russland analysiert. Wie sollte die Bundeswehr – im Rahmen der NATO – angesichts der sich verändernden Sicherheitslage in Europa aufgestellt sein? Zu den hierfür relevantesten sicherheitspolitischen Entwicklungen zählt dabei nach der russischen Aggression gegen die Ukraine auch das Zurückfahren des sicherheitspolitischen Engagements der USA in Europa, das zwar nicht neu ist, mit der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump aber deutlicher als je zuvor vor Augen tritt.

Bei dieser Fragestellung handelt es sich gleich in zweifacher Hinsicht um eine Engführung des Themas, um es für eine solche Studie handhabbar

zu machen. Zum einen wird die Rolle der Streitkräfte auf die Frage der Bündnisverteidigung gegenüber Russland, welches die größte Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellt, fokussiert. Selbstverständlich gibt es auch andere Aufgaben für die Bundeswehr, die hier jedoch nicht diskutiert werden können. Zum anderen verengt diese Fragestellung das Politikfeld der Sicherheitspolitik auf die militärische und insbesondere die rüstungspolitische Dimension. Es ist völlig klar, dass für eine umfassende sicherheitspolitische Betrachtung auch andere Bereiche, wie zum Beispiel Wirtschaftsbeziehungen, hybride Bedrohungen, Cybersicherheit und Desinformation betrachtet werden müssen. Diese Einschränkungen werden hier jedoch in Kauf genommen, um das Thema im Rahmen einer solchen Studie überhaupt bearbeiten zu können und damit einen Beitrag zur aktuellen Debatte um die Aufrüstung der Bundeswehr zu leisten.

Dazu gibt die Studie in den folgenden beiden Kapiteln zunächst ein Überblick über die zentralen Argumente der Aufrüstungsbefürworter (Kapitel 2), wie auch der Aufrüstungsskeptiker (Kapitel 3), bevor diese Argumente gegeneinander abgewogen werden (Kapitel 4). Zentrales Ergebnis dieses Abwägungsprozesses ist, dass beide Seiten durchaus gute Argumente haben, diese aber auch nicht ohne Schwachstellen und blinde Flecken sind. Dementsprechend erscheint es politisch unklug, entweder nur der einen oder ausschließlich der anderen Logik zu folgen. Sinnvoller und risikoärmer dürfte es sein, stattdessen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus beiden Sichtweisen zu kombinieren, ihren Erfolg an der Realität zu messen und je nach Ergebnis die Balance nachzujustieren. So ist es etwa angesichts der generellen Unsicherheit im Hinblick auf die russische Motivation bezüglich einer Aggression gegen NATO-Bündnisgebiete durchaus sinnvoll, auf eine Strategie der Abschreckung zu setzen. Diese sollte aber – angesichts der damit verbundenen Risiken – nicht auf eine Abschreckungsstrategie der deterrence by punishment setzen, bei der ein Angriff durch die Androhung von Strafe in Form von Gegenschlägen, einschließlich solcher mit Nuklearwaffen, abgeschreckt werden soll. Sinnvoller, weil risikoärmer, ist dagegen deterrence by denial. Das bedeutet, dass Abwehrstrukturen geschaffen werden, welche die Erfolgsaussichten eines Angriffs so niedrig erscheinen lassen, dass ein Angriff unterbleibt. Eine solche Abschre-

ckung sollte sich primär am Ansatz der Positionsverteidigung ausrichten und durch die Entwicklung von Konzepten zur Rüstungskontrolle ergänzt werden. Vor allem bei denjenigen Waffensystemen die eine solche Abschreckungs-Strategie gefährden.

Kapitel 5 betrachtet dann zunächst die tatsächliche Entwicklung von Strategie und militärischen Fähigkeiten von Bundeswehr und NATO in den letzten Jahren und insbesondere seit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Im abschließenden Fazit (Kapitel 6) kommt die Studie mittels Abgleich dieser Entwicklungen mit den in Kapitel 4 empfohlenen Optionen zu dem Schluss, dass sich Bundeswehr und NATO nach 2022 zwar tatsächlich stärker an einer Strategie der deterrence by denial orientieren. Es hat aber den Anschein, als würde die Politik bei den Plänen zur Aufrüstung der Bundeswehr das Potenzial einer kostengünstigeren und risikoärmeren Raumverteidigungsstrategie im Baltikum nicht ausschöpfen und stattdessen auf eine Aufrüstungsstrategie setzen, die auf Manöverkriegsführung und teure Prestige- und Großprojekte setzt. Von einer Begleitung dieser Aufrüstungspolitik durch das Ausloten rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen ist nichts zu sehen.

In der Summe kommt diese Studie zu dem Ergebnis, dass ein deutliches Umsteuern dieser Politik ratsam ist. Die drei zentralen Ergebnisse dieser Studie und die daraus resultierenden Politikempfehlungen lauten folgendermaßen:

1. Abschreckung ist nicht gleich Abschreckung:

Angesichts der veränderten Sicherheitslage in Europa durch den russischen Angriff auf die Ukraine hat eine Strategie der Abschreckung ihre Berechtigung. Die Bundesregierung sollte im Rahmen der NATO aber primär für einen Ansatz von deterrence by denial in Form einer defensiven Positionsverteidigung mit Schwerpunkt im Baltikum plädieren. Das ist risikoärmer als deterrence by punishment und angesichts Unsicherheiten bezüglich der US-Unterstützung für die europäischen NATO-Staaten auch realistischer umzusetzen.

2. Zielgerichtete Investitionen statt mehr von allem:

Für die Umsetzung einer solchen Strategie ist es richtig, in bestimmten Bereichen aufzurüsten, etwa bei bewaffneten Drohnen und deren Abwehr. Fragwürdig ist aber der bislang von der Bundes-

regierung praktizierte, auf teure Großprojekte fokussierte „viel-hilft-viel“ Ansatz. Die Bundesregierung sollte stattdessen zielgerichteter in den Ausbau der Verteidigungslinien im Baltikum investieren. Das passt besser zu einer defensiven Abschreckungsstrategie und ist darüber hinaus auch noch kostengünstiger.

Distanzwaffen, passen nicht zur hier empfohlenen Abschreckungsstrategie und bergen vergleichsweise große Risiken im Hinblick auf Eskalationsgefahr und Schadenspotenzial. Die Bundesregierung sollte Konzepte zur Begrenzung dieser Waffen in Europa entwickeln. Im Erfolgsfall könnten enorme Kosten gespart werden.

3. Rüstungskontrolle eine Chance geben:

Abschreckung allein ist zu riskant. Sie sollte durch Rüstungskontrolle ergänzt werden. Bestimmte Waffenkategorien, zum Beispiel weitreichende

2. Die Argumente der Aufrüstungsbefürworter

Das Lager der Aufrüstungsbefürworter, die einen russischen Angriff auf NATO-Territorium befürchten und die einzige, oder zumindest beste, Gegenstrategie in einer massiven Aufrüstung der Bundeswehr sehen, ist in der Mehrzahl. Viele Studien (siehe z.B. Mölling/Schütz 2023, aber auch Friesendorf/Zellner 2025) argumentieren mit einem russischen Imperialismus und damit, dass Präsident Putin und sein Führungszirkel eine klare Motivation haben: Russlands Größe – in historischer Anlehnung an das Zarenreich und die Sowjetunion – wieder herzustellen. Diese imperialen Ambitionen, die Putin schon vor der Ukraine in Georgien und Tschetschenien unter Beweis gestellt hat, so die Argumentation, erstrecken sich auch auf weitere Staaten die ehemals Teil Russlands oder der Sowjetunion waren. Das Baltikum mit den drei NATO- und EU-Mitgliedstaaten Estland, Lettland und Litauen – die alle drei direkt an Russland angrenzen – wird als am meisten bedroht angesehen. Entsprechend ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die meisten Bedrohungsszenarien hierauf konzentrieren. So präsentiert beispielsweise Kallberg (2024) ein Szenario für einen russischen Angriff auf das Baltikum, in dem es Russland gelingt durch Überfall-Taktik die baltischen Staaten sowie die dort stationierten NATO-Truppen zu überrumpeln. In

diesem Szenario würden russische Kräfte über die estnischen Städte Narwa und Tallinn von Norden her ins Baltikum eindringen und gleichzeitig im Süden von Weißrussland aus nach Nordwesten in Richtung Kaliningrader Gebiet durch Litauen vorrücken. Damit würden sie die Suwalki-Lücke, die Engstelle der Landverbindung zwischen den baltischen Staaten und den übrigen NATO-Staaten, schließen und die drei baltischen Staaten einkesseln (siehe Karte 1). Diesem Szenario liegt die Annahme zugrunde, dass die westlichen Streitkräfte im Baltikum nicht bereit für die Verteidigung eines solchen Angriffs sind und die ersten NATO-Kräfte erst nach 72 Stunden aus Polen an der litauischen Grenze ankommen. Kräfte aus anderen europäischen Staaten bräuchten 10-15 Tage zur Mobilisierung. Der Kreml könnte dann die NATO aus einer Position der Stärke heraus mit der Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen unter Druck setzen, diesen Faitaccompli eines „Oblast Baltikum“ zu akzeptieren. Dass die russische Exklave Kaliningrad aufgrund ihrer exponierten Lage nicht leicht zu verteidigen wäre, spielt in diesem Szenario keine Rolle.

Karte 1: Baltikum und Suwałki-Lücke



Design: Julian Schindler, bicc

Interessanterweise lehnen sich diese Überlegungen an ein im Januar 2024 an die Bild-Zeitung geleaktes Papier des deutschen Verteidigungsministeriums an, in dem ein Szenario für einen möglichen russischen Angriff auf das Baltikum entworfen wird. Darauf angesprochen teilte das Bundesverteidigungsministerium jedoch mit, dass man sich auf unterschiedliche Szenarien vorbereite und dass dies auch extrem unwahrscheinliche Szenarien beinhalte (Carbonaro 2024). Dass also die Urheber dieses Szenarios selbiges für extrem unwahrscheinlich halten, wird hingegen weder bei Kallberg (2024) noch im Bericht der Bild-Zeitung (Röpcke / Xanthopoulos 2024) erwähnt. Übrigens: Laut diesem Szenario wäre der russische Angriff auf das Baltikum im Spätsommer 2024 erfolgt. Das zeigt, dass Szenarien wichtig sind, um den Raum der Möglichkeiten auszuleuchten; dass sie aber nicht mit Prognosen verwechselt werden dürfen.

Auch Gady (2024, S.319–339) diskutiert ein solches Fait-accompli-Szenario bei dem Russland das Baltikum angreift. Russland geht es dabei nicht zwangsläufig um territoriale Gewinne, sondern vor allem darum die Glaubwürdigkeit der NATO zu zerstören

und in der Folge Europa erpressbar zu machen. In einer „kleinen“ Variante dieses Szenarios greift Russland mit mechanisierten Truppen und Luftlandverbänden von mehreren Zehntausend Mann Litauen von Weißrussland aus an und erobert die Hauptstadt Vilnius, die nur 30 Kilometer von der weißrussischen Grenze entfernt ist. Dies geschieht innerhalb von drei bis vier Tagen, bevor NATO-Truppen der Very High Readiness Joint Taskforce oder der Allied Reaction Force zum Gegenangriff antreten können. Russische Verbände aus Kaliningrad und Weißrussland könnten außerdem versuchen, die Suwałki-Lücke zu schließen oder durch Flankenangriffe den Gegenangriff der NATO zum Erliegen zu bringen. Mit der Stadt Vilnius als Geisel und der Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen würde Russland dann versuchen, die NATO zur Einstellung des Kampfes zu zwingen. In der „großen“ Variante eines solchen Fait-accompli-Szenarios erfolgt ein großangelegter Angriff Russlands auf alle drei baltischen Staaten mit einigen Hunderttausend Mann. Auch hier würde Russland versuchen, die Landverbindung zwischen Baltikum und dem Rest des NATO-Gebiets über die Suwałki-Lücke zu kappen. Russland könnte sich dann, ähnlich

wie in der Ukraine, mit dichten Verteidigungsstellungen eingraben und darauf abzielen die NATO in einem monate- oder sogar jahrelangen Abnutzungskrieg zur Aufgabe zu zwingen. Um einen solchen Krieg zu verhindern, empfiehlt Gady eine klare Abschreckungsstrategie, deren Kern darin besteht, Russland klar zu vermitteln, dass es in keinem der beiden Szenarien Erfolg haben wird. Unabdingbar sei hierfür die Stärkung der Bundeswehr, so dass sie in der Lage ist, einen solchen Abnutzungskrieg durchzustehen (Gady 2024, S.339).

Wesentlich „kleiner“ kommt ein Szenario daher, das Masala (2025) skizziert: Nach einem Sieg in der Ukraine, wonach die Ukraine über zwanzig Prozent ihrer Territoriums an Russland abtreten muss, erobern im März 2028 russische Truppen schnell und überraschend die überwiegend russischsprachige Grenzstadt Narwa in Estland und besetzen eine operativ wichtige Insel vor Estland. Die NATO ist in diesem Szenario nicht in der Lage, sich auf die Feststellung von Artikel 5 zu einigen. Der Kreml ist sich darüber im Klaren, dass sich Russland keinen großen Krieg gegen die NATO erlauben kann, weil es dafür militärisch zu schwach ist und droht daher mit nuklearen Gegenmaßnahmen bei einem Angriff der NATO zur Rückeroberung von Narwa. Dieser Bluff hat Erfolg, weil der US-Präsident und auch einige europäische Regierungen für eine estnische Stadt nicht den Dritten Weltkrieg riskieren möchten. Letztendlich beschränkt sich der territoriale Verlust auf NATO-Seite nur auf eine Stadt im Baltikum, doch die Glaubwürdigkeit der NATO-Beistandsverpflichtung ist erschüttert und die europäische Sicherheitsarchitektur wird neu geordnet – zu Gunsten Russlands. Interessant ist hierbei, dass es nicht so sehr das gesamtmilitärische Kräfteverhältnis ist, dass entscheidet, ob Russland „gewinnt“, sondern vielmehr politische Faktoren wie die Geschlossenheit der NATO-Partner bzw. das Fehlen selbiger.

Einig sind sich alle bislang präsentierten Studien, dass es auf Seite der NATO eine klare Abschreckungsstrategie braucht, um einen Krieg mit Russland zu verhindern, weil Russland nur so klar gemacht werden kann, dass es in keinem der besprochenen Szenarien Erfolg haben wird. Große Einigkeit besteht in diesem Lager ebenfalls darin, dass Deutschland, vor allem aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht und seiner zentralen geographischen Lage in Europa,

hierbei eine entscheidende Rolle zukommt. Eine massive Stärkung der Bundeswehr sei daher unabdingbar. Was wäre dafür an militärischen Ressourcen erforderlich? Als vielleicht kritischsten Punkt nennen die meisten Studien das militärische Personal. Derzeit hat die Bundeswehr eine Personalstärke von ca. 186.000 Soldat:innen zuzüglich einer Reserve von ca. 40.000 (Bundeswehr 2026, Der Spiegel 2025). Für das „große“ Fait-accompli Szenario (Gady 2024), bräuhete die Bundeswehr zusätzlich zu den drei bestehenden zwei zusätzliche Heeresdivisionen, um den russischen Angriff im Baltikum zurückzuschlagen. Zusammen mit den anderen Teilstreitkräften und dem Unterstützungsbereich müsste die Bundeswehr laut Gady dann über eine personelle Gesamtstärke von 300.000 verfügen und darüber hinaus noch über eine Reserve von 200.000 bis 300.000 zusätzlichen Soldat:innen, die gefallene, verwundete und in Gefangenschaft geratene deutsche Soldat:innen ersetzen können. Andernfalls wäre die Einsatzfähigkeit schon nach wenigen Tagen Krieg mit Russland nicht mehr gewährleistet (Gady 2024, S.298).

Neben dem Personal steht vor allem die militärische Ausrüstung im Fokus. Unterschiedliche Beobachter sehen eine ganze Reihe von Fähigkeitslücken in der Ausstattung der Bundeswehr. So scheint es einen Konsens zu geben, dass es bei der Bereitstellung und Bevorratung von Munition eklatante Defizite gibt. Laut NATO-Vorgaben sollte die Bundeswehr über Munition für 30 Tage Gefecht verfügen. Im Jahr 2023 reichten die Bestände angeblich nur für 3 Tage (vgl. Masala 2025, S.12). Um diese Lücke zu schließen, müssten laut Verteidigungsministerium mindestens 20 Milliarden Euro investiert werden. Für das Jahr 2023 waren allerdings lediglich 1,1 Milliarden Euro vorgesehen (Matlé 2024, S.5 f.). Im Kontext technischer Neuerungen wird häufig auch die Ausstattung der Bundeswehr mit Drohnen als eine essentielle Fähigkeitslücke genannt. Masala (2023, S.60) etwa kritisiert, dass es zwar europäische Entwicklungsprojekte wie European MAL RPAS oder Eurodrone gibt, aber kaum auf den Ankauf bestehender Systeme gesetzt wird. Die Kriege zwischen Russland und der Ukraine sowie zwischen Aserbaidschan und Armenien zeigen, dass Drohnen in allen Bereichen eingesetzt werden und in zukünftigen militärischen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen werden. Es scheint so, als habe man auch im BMVg

diese Lücke erkannt, denn dort wurde im November 2023 die Task Force Drohne gegründet, deren Tätigkeit im Herbst 2024 endete und ins reguläre ministerielle Arbeiten überführt wurde (Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte 2025, S.38).

Wie weiter unten erläutert wird, werden aus den Mitteln des Sondervermögens in den kommenden Jahren eine ganze Reihe unterschiedlicher Waffensysteme beschafft. Abgesehen vom „Stopfen“ dieser „Löcher“ hat die ZEIT eine Liste großer Waffensysteme zusammengestellt, bei denen es angeblich noch weiterer Beschaffungen bedarf: 2 U-Boote, 6 Fregatten, 1000 Transportpanzer (Nachfolger für den Fuchs), 400 Flugabwehrpanzer wie Skyranger, 105 Kampfpanzer Leopard 2, mind. 16 weitere Patriot-Flugabwehrsysteme, mind. 35 weitere F-35, mind. 20 Mrd. Euro für Geschosse, Raketen und Marschflugkörper und 50 Mrd. Euro für die Logistik (Die Zeit 2024). Auch Reichel stellt eine Beschaffungsliste auf, ausgehend von der Prämisse, dass Deutschland die Hauptlast der europäischen NATO-Staaten tragen soll. Er kommt im Vergleich mit den Fähigkeiten Russlands zu dem Schluss, dass die Bundeswehr ihr Kampfpanzer-Bestand auf 1500 Einheiten aufstocken müsste sowie 2000 weitere Einheiten Schützenpanzer, 1500 weitere Einheiten Artillerie und ca. 500 weitere Einheiten Kampfflugzeuge benötigen würde (Reichel 2025, S.239).

Ein zentrales Argument der Aufrüstungsbefürworter ist die von ihnen beobachtete russische Aufrüstung. So untersuchen beispielsweise Danylyuk und Watling (2025) den Stand der Mobilisierung der Militärindustrie in Russland, der Ukraine und Europa. Im Hinblick auf Russland analysieren sie, dass es, nach den Schwierigkeiten zu Beginn des Ukraine-Krieges, eine Entscheidung für einer Umstellung auf einen Abnutzungskrieg in der Ukraine gab und damit einhergehend die Produktionskapazitäten für Waffen, Munition und andere militärische Güter gesteigert wurden. Diese wurde unter anderem durch eine Zentrierung der Kontrolle über die Verteidigungsindustrie beim Staat, eine Teilumstellung auf Kriegswirtschaft sowie die Bereitstellung finanzieller Mittel auch für den Aufbau neuer Produktionsstätten erreicht. Die Autoren gehen davon aus, dass es Russland so gelingen wird, mittelfristig die Produktion militärischer Güter massiv zu steigern. Wolff et al. (2024, S.35) sprechen von einem „dramatischen Anstieg der russischen

militärischen Fähigkeiten in den letzten Jahren“ und schätzen unter anderem, dass Russland im Jahr 2024 1.500 Panzer produziert haben könnte. Experten des International Institute for Strategic Studies (IISS) kommen auf eine ähnliche Zahl (Clavilier / Gjerstad 2025). Allerdings verweisen sie (wie auch Wolff et al. 2024) selbst darauf, dass es sich bei einem Großteil (ungefähr 80 Prozent) der „neu“ produzierten Panzer um alte Panzer aus Sowjetbeständen handelt, die instandgesetzt werden, um damit die Verluste in der Ukraine teilweise wieder auszugleichen. Wenn diese Altbestände aufgebraucht sind (laut Wolff et al. 2024 im Laufe von 2026) dürften sich die russischen Produktionsraten deutlich verringern, da die Produktion von neuen Modellen wie dem T-90 wesentlich zeit- und kostenintensiver sind. Mölling und Schütz (2023) gehen davon aus, dass Russland nach einem Ende der intensiven Kampfhandlungen in der Ukraine sechs bis zehn Jahre braucht, um seine Armee so weit wiederaufzubauen, dass es einen Angriff auf die NATO wagen könnte. Dementsprechend fordern sie, dass die NATO ihre militärischen Fähigkeiten enorm verbessern muss, um einen solchen Angriff abzuschrecken.

Was aber, wenn sich die USA aus Europa zurückziehen, etwa um ihre militärischen Fähigkeiten auf Asien, insbesondere China, zu konzentrieren? Schon unter US-Präsident Obama hatten die USA damit begonnen, sich stärker dem asiatischen Kontinent und insbesondere China zuzuwenden. Vor allem aber nach dem zweiten Amtsantritt von US-Präsident Trump im Januar 2025, der Demütigung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus sowie der Rede von JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 wird das von vielen Beobachtern befürchtet (Friesendorf / Zellner 2025; Friedensgutachten 2025). Mittlerweile hat sich die Aufregung darüber wieder etwas gelegt und die Signale aus den USA sind im Rahmen des NATO-Gipfels im Juni 2025 herum wieder positiver geworden. Nicht zuletzt in Folge der diplomatischen Bemühungen europäischer Regierungen – wozu auch die Bereitschaft zu einer massiven Erhöhung der Militärausgaben zählt – und der Enttäuschung über Russlands mangelnde Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen über einen Frieden in der Ukraine, haben sich Trump und die USA beim NATO-Gipfel in Den Haag zur NATO und zu ihrem Beistandsversprechen bekannt. Nach dem Treffen zwischen Putin und

Trump in Alaska im August 2025 und dem direkt im Anschluss stattfindenden Treffen Trumps mit Bundeskanzler Merz und weiteren europäischen Staats- und Regierungschefs gab es vorsichtige Signale der US-Administration sich auch an Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Kontext eines Friedenabkommens beteiligen zu wollen. Und zumindest im Ton war die Rede von US-Außenminister Rubio bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2026 deutlich konzilianter als die Rede von Vizepräsident Vance im Vorjahr.

Analysten geben jedoch zu bedenken, dass es gar nicht des unwahrscheinlichen Szenarios eines kompletten Rückzugs der USA aus der NATO bedarf, um die Europäer vor Probleme zu stellen. Denkbar wäre laut Gady (2024, S. 327 – 339) auch das Szenario eines „Zwei-Fronten-Krieges“ mit Russland in Europa und gleichzeitig mit China um Taiwan, in dem die USA ihre Kräfte zwischen Europa und Asien aufteilen müssten. In einem solchen Weltkriegs-Szenario würden die USA immerhin noch 280.000 Soldat:innen – also knapp das dreifache ihrer aktuellen Präsenz in Europa (100.000 Soldat:innen) – einsetzen können. Davon wären aber nur ein kleinerer Teil tatsächlich in Polen und im Baltikum einsetzbare Kampftruppen (80.000) und wichtige Waffensysteme wie Kampffjets, Bomber und Luft- und Raketenabwehrsysteme (wie Patriot) wären klar limitiert, da sie in Asien gebraucht würden. Die in diesem Szenario in Europa einsetzbaren US-Kräfte entsprächen folglich „ungefähr den Dimensionen einer mobilisierten Bundeswehr“ (Gady 2024, S.334). Gady räumt jedoch auch ein, dass es keinerlei Belege dafür gibt, dass Moskau und Peking aktiv einen solchen Krieg gegen die USA und die NATO vorbereiten.

Es ist wichtig zu betonen, dass ein solches Szenario mit den USA eben ein deutlich anderes Szenario ist als dasjenige eines sehr unwahrscheinlichen, vollständigen Abzugs der US-Truppen aus Europa. Burilkov und Wolff (2025) gehen davon aus, dass in diesem Fall die rund 100.000 US-Truppen in Europa sowie die 200.000 für die Verstärkung im Kriegsfall vorgesehen US-Soldat:innen dann durch 50 neue europäische Heeresbrigaden ersetzt werden müssten. Fünf oder sechs davon würden wohl auf die Bundeswehr entfallen, was wiederum eine Erhöhung der Militärausgaben auf etwa 3,5 Prozent des BIP benötigen würde (Burilkov / Wolff 2025).

Entscheidender als die Stärke der US-Kampftruppen wären jedoch die US-Fähigkeiten und Strukturen in Europa zur Integration und Unterstützung der verschiedenen nationalen Streitkräfte, so dass diese überhaupt in der Lage sind, größere militärische Operationen koordiniert durchzuführen (Gady 2024, S. 328 – 330). Hierzu zählen vor allem Kommandozentren, Führungssysteme, Lufttransport, Luftbetankung, luft- und weltraumgestützte Aufklärungsfähigkeiten, elektromagnetische Kriegsführung und Systeme zur Unterdrückung oder Zerstörung feindlicher Luftverteidigung. Der Luftwaffenstützpunkt in Ramstein ist in seiner Funktion als Hauptquartier der United States Air Forces in Europe – Air Forces Africa (USAFE-AFAFRICA) ein wichtiger strategischer Knotenpunkt (Tanghe 2025). USAFE-AFAFRICA verfügt unter anderem über wichtige Transport- und Tankkapazitäten in Form von einer Staffel KC-135R Stratotanker, einer Staffel mit C-130J-30 Hercules, zwei Staffeln mit Gulfstream V (C-37 A), Learjet 35A (C-21A) und B-737-700 (C-40B). Des Weiteren sind auch zwei Staffeln F-15E Strike Eagle, 3 Staffeln F-16C/D Fighting Falcon, sowie zwei Staffeln F-35A Lightning II der USAFE-AFAFRICA zuzuordnen (The Military Balance 2024, S.46). Auch im Bereich Intelligence, Surveillance and Reconnaissance (ISR) bilden die Kapazitäten der Vereinigten Staaten eine wichtige Säule, während die europäischen Staaten lediglich über drei signal intelligence (SIGINT) Flugzeuge verfügen. Die US-Luftwaffe kann hingegen auf 17 Flugzeuge dieser Kategorie zurückgreifen (Barrie 2025). Deutschland will sich in die Lage versetzen, zumindest Teile dieser Integratorrolle, die bislang noch die USA spielen, nach und nach zu übernehmen. Die harte Realität ist aber, dass die USA noch über viele Jahre hinweg in dieser Rolle als Integrator für die europäische Verteidigungsstruktur unersetzlich sein werden (Gady 2024, S.328-330).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bislang präsentierten Studien und Szenarien aus dem Lager der Aufrüstungsbefürworter von einem russischen Angriff auf das Baltikum ausgehen und die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, in einer massiven Aufrüstung Europas sehen. Demnach muss vor allem die Bundeswehr auferüstet werden, so dass Deutschland, angesichts schwindender Bereitschaft der USA zu einem sicherheitspolitischen Engagement in Europa, eine zentrale Rolle bei der Abschreckung

einer russischen Aggression übernehmen kann. Bemerkenswert ist, dass trotz dieser zentralen Forderung nach zusätzlichen Waffensystemen für die Bundeswehr und einer Erhöhung ihrer Personalstärke in keiner der hier aufgeführten Untersuchungen dargelegt wird, für welche konkreten militärischen Aufgaben diese Truppen benötigt werden. Sie sollen einen russischen Angriff auf das Baltikum abschre-

cken oder, falls die Abschreckung misslingt, zur Verteidigung dagegen eingesetzt werden. Aber in welcher Form das geschehen soll, bleibt unterbelichtet. Stattdessen wird die Anzahl von angeblich benötigtem Militärpersonal und Waffensystemen häufig entweder aus den entsprechenden russischen Zahlen oder unsicheren Prognosen über deren zukünftige Entwicklung abgeleitet.

3. Die Argumente der Aufrüstungsskeptiker

Der im vorherigen Kapitel vorgestellten Position gegenüber stehen die Aufrüstungsskeptiker. Hier wird bewusst nicht der Begriff „Aufrüstungsgegner“ verwendet, da zumindest die meisten der hier angeführten Studien eine Verstärkung deutscher und westeuropäischer Rüstungsanstrengungen im Angesicht der russischen Aggression nicht kategorisch ablehnen, wohl aber das enorme Ausmaß der Aufrüstung kritisieren, wie sie von den Befürwortern gefordert und mittlerweile von der Politik umgesetzt wird (s. u.). Exemplarisch hierfür ist etwa die Studie von Beebe et al. (2024). Die Autoren, darunter mit George Beebe der ehemalige Chef für Russland-Analysen der CIA, halten einen Angriff Russlands auf NATO-Territorium für unwahrscheinlich. Sie sind der Ansicht, dass das Verhalten Russlands und des Kremls nicht darauf hindeutet, dass es ein ernsthaftes Interesse an einer über die Ukraine hinausgehenden militärischen Konfrontation gibt. Vielmehr sei das Ziel des Kremls, eine russische Einflussosphäre im eurasischen Raum zu schaffen, die aber nicht unter direkter Kontrolle Russlands stehen muss. Vorrangig soll vor allem die Einflussnahme durch den Westen und die Integration in westliche Strukturen verhindert werden. Vor diesem Hintergrund würde eine direkte militärische Konfrontation mit der NATO nicht zum Erreichen dieser strategischen Ziele beitragen, sondern im Gegenteil die Präsenz der NATO an der russischen Grenze noch weiter verstärken.

Darüber hinaus argumentieren Beebe et al. (2024), dass dem Kreml bewusst sei, dass die Kosten und das Risiko, das für Russland aus jeglichem Angriff gegen NATO-Territorium entstehen würden, enorm hoch und die Erfolgswahrscheinlichkeit sehr gering sind. Laut ihrer Analyse der militärischen Kapazitäten ist Russland der NATO in allen Teilbereichen der konventionellen Kriegsführung (Land, Wasser, Luft) unterlegen. Im direkten Vergleich verfügt die NATO über eine Luftüberlegenheit im Verhältnis von knapp 5:1 gegenüber Russland – und zwar ohne die USA und Kanada. Dieses Ungleichgewicht ist durch den Krieg in der Ukraine sogar noch größer geworden. Schätzungen zufolge hat Russland dort (bislang) ungefähr 25 Prozent der Kampfkraft seiner Luftwaffe verloren. Hinzu kommt die qualitative Überlegenheit der NATO-Kampfflugzeuge. Auch die russische Schwarzmeerflotte hat seit Beginn des Krieges schweren Schaden genommen. Die Nordflotte könnte zwar den transatlantischen Handel angreifen, allerdings würden das Mittelmeer und der Indische Ozean komplett unter US bzw. NATO-Kontrolle bleiben und somit die Energieversorgung sichergestellt sein. Die NATO wiederum wäre in der Lage den russischen Seehandel komplett zu blockieren und kontrolliert seit dem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands zudem die baltische Gegenküste. Beebe et al. (2024) argumentieren, dass die NATO eine solche Seeblockade während des Krieges in der Ukraine unterlassen hat, um nicht in einen direkten Krieg mit Russland einzutreten.

Wenn jedoch Russland die NATO angreift, gäbe es hier keinen Grund mehr zur Zurückhaltung für eine solche Seeblockade, die Russland sehr hohe Kosten auferlegen würde. Auch an Land könnte sich Russland nicht auf einen Sieg gegen die NATO verlassen. Immerhin hat Russland in der Ukraine (bislang) rund die Hälfte seiner Panzer und gepanzerten Fahrzeuge verloren (Marson et.al. 2025). Es wird Jahre dauern, die Bestände wieder aufzufüllen. Vor allem wenn die Kämpfe in der Ukraine weitergehen.

Ähnlich argumentiert auch eine Greenpeace-Studie zum Vergleich der militärischen Potenziale von NATO und Russland (Steinmetz et al. 2024). Die Autoren weisen zunächst darauf hin, dass die NATO-Staaten etwa zehnmal so viel Geld für ihre Streitkräfte ausgeben wie Russland und dass das Verhältnis selbst ohne die USA und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft ein klares Übergewicht zugunsten der europäischen NATO-Staaten aufweist (420 Milliar-

den US-Dollar zu 300 Milliarden US-Dollar). In ihrer Analyse kommen sie darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass die NATO Russland in fast allen Kategorien von Großwaffensystemen übertrifft (siehe Tabelle 1) und dass Russland darüber hinaus auch noch einen erheblichen technologischen Rückstand auf die NATO hat, was die Modernisierung und Qualität der Waffensysteme angeht. Hinzu kommen Defizite bei der Kommandostruktur, Einsatzorientierung und Verlegefähigkeit von Truppen und Großwaffensystemen. Ähnlich sieht es im Hinblick auf die Truppenstärke aus. Hier kommen Steinmetz et al. (2024) auf über drei Millionen Soldat:innen auf Seite der NATO, während Russland nur auf 1,33 Millionen Soldat:innen kommt, von denen außerdem nur ca. 40 Prozent westlich des Urals stationiert sind. Angesichts der Verluste und Desertionen unter den russischen Truppen in der Ukraine bezweifelt die Studie, dass eine nennenswerte Erhöhung der Truppenstärke erreichbar ist.

Tabelle 1: Vergleich der einsatzbereiten militärischen Großwaffensystemen

	Kampfpanzer	Gepanzerte Fahrzeuge ⁽²⁾	Artillerie ⁽³⁾	Kampfhubschrauber	Hauptkriegsschiffe ⁽⁴⁾	U-Boote	Kampfflugzeuge	Strategische Bomber
NATO Gesamt	9.011	45.619	22.145	1.301	274	143	5.406	140
Davon USA	2.640	15.679	6.463	880	122	66	3.244	140
Davon Kanada	74	1.118	283	0	12	4	89	0
Davon europ. Nato ⁽¹⁾	6.297	28.822	15.399	421	140	73	2.073	0
Russland	2.000	11.020	5.399	348	33	50	1.026	129

(1) inkl. Finnland & Schweden
 (2) ohne gepanzerte Unterstützungsfahrzeuge
 (3) inkl. selbstfahrender Haubitzen, gezogener Artillerie, Mörser, Meerfachraketenwerfer
 (4) umfasst Flugzeugträger, Kreuzer, Zerstörer & Fregatten

Quelle: Steinmetz et al. 2024

Interessant ist auch die Bewertung von Rüstungsbeschaffung und -produktion durch Steinmetz et al. (2024). Die Studie erkennt durchaus an, dass Russland mit Beginn seines Krieges in der Ukraine seine Rüstungsproduktion stark hochgefahren und auf Kriegswirtschaft umgestellt hat. Dies nicht ohne Erfolg, produzierte der russische Rüstungssektor beispielsweise im ersten Quartal 2024 60 Prozent mehr als vor der Invasion. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass diese Produktionssteigerung nicht auszureichen scheint, um die russischen Verluste im Krieg in der Ukraine auszugleichen. Zudem arbeitet die russische Wirtschaft durch diese Militarisierung der Produktion unter voller Auslastung und eine weitere Steigerung der Rüstungsproduktion könnte starke negative Auswirkungen auf die zivile Produktion und die gesamtwirtschaftliche Lage Russlands haben. Die NATO-Staaten hingegen haben zwar erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt, um ihre Rüstungsproduktion auszuweiten. Sie haben jedoch nicht regulatorisch in die freie Wirtschaft eingegriffen und damit im Gegensatz zu Russland noch ein großes Potenzial zur Steigerung der Rüstungsproduktion, das noch nicht aktiviert wurde.

Die Greenpeace-Studie von Steinmetz et al. (2024) kommt also zu dem Schluss, dass die NATO Russland in fast allen Bereichen militärischer Macht überlegen ist; einzig bei den Atomwaffen bestehe Parität. Anzumerken ist, dass dies vor allem für die strategischen Nuklearwaffen gilt; bei den taktischen – also für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld gedachten Nuklearsprengköpfen – liegt Russland mit über 1.500 Nuklearsprengköpfen klar vor den USA mit 200. Eine zentrale Gefahr an dieser Gesamtkonstellation liege folglich darin, dass Russland den Einsatz von taktischen Atomwaffen als Korrektiv zur konventionellen Überlegenheit der Nato-Staaten betrachtet. Dadurch senke sich die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen im Falle einer direkten militärischen Konfrontation zwischen der NATO und Russland gefährlich ab. Diese Gefahr werde durch die konventionelle Aufrüstung der NATO-Staaten in den nächsten Jahren noch erhöht.

Neben dem Vergleich von Waffenarsenalen und Truppenstärken gilt es aber auch, Entwicklungen im Bereich der Kriegsführung selbst in den Blick zu nehmen. Hier lassen sich unterschiedliche Untersuchungen (die zumeist sogar eher aus dem Bereich

der Strategic Studies stammen, als aus der Rüstungskontroll- und Abrüstungsforschung) anführen, welche die von den Aufrüstungsbefürwortern präsentierten Szenarien einer schnellen Eroberung des Baltikums (oder Teilen davon) in Frage stellen. Demnach mache es der Vorteil der Verteidigung, der im Krieg in der Ukraine wieder einmal deutlich geworden ist, und die Vorwarnzeiten, welche die NATO durch die amerikanische Satellitenaufklärung hätte, extrem unwahrscheinlich, dass es Russland gelingen könnte, größere Gebiete handstreichartig zu erobern. Selbst die Erfolgsaussichten eines Blitzkrieg-artigen Überraschungsangriffs auf das Baltikum (wie in den oben beschriebenen Szenarien), quasi als schwächstes Glied in der Kette, wäre daher laut Beebe et al. (2024) mit erheblichen Risiken für Russland verbunden. Denn die Erfahrungen aus den Kämpfen in der Ukraine sprechen dagegen, dass es der russischen Armee gelingen sollte, Städte wie Vilnius, Tallinn oder Riga so einfach und schnell zu erobern, wie es die Szenarien der Aufrüstungsbefürworter vorsehen. Selbst wenn es gelingen sollte, die baltischen Truppen im Grenzgebiet relativ schnell zu besiegen, könnten sich diese in die urbanen Gebiete zurückfallen lassen und versuchen, diese für längere Zeit zu halten. Der Krieg in der Ukraine hat (erneut) gezeigt, dass es alles andere als einfach ist, größere Städte handstreichartig zu erobern. Und selbst wenn es Russland gelänge, Teile des Baltikums zu erobern, gibt es laut Beebe et al. (2024) gute Gründe daran zu zweifeln, dass die restlichen NATO-Staaten einen solchen *Fait-accompli* akzeptieren würden. Schließlich sind im Baltikum auch Truppen aus anderen NATO-Staaten stationiert und es würde vermutlich auch unter diesen Truppen zu größeren Verlusten kommen; was es ihren Regierungen politisch äußerst schwer machen würde, den russischen Forderungen einfach nachzugeben.

Diese Position, dass eine russische Eroberung des Baltikums alles andere als einfach wäre, wird gestützt durch militärstrategische Untersuchungen, welche die Überlegenheit der Manöververteidigung über die Positionsverteidigung in Frage stellen. Bei letzterer handelt es sich um die Verteidigung befestigter Stellungen. Die Manöververteidigung hingegen ist primär darauf ausgerichtet, durch die möglichst schnelle Bewegung der eigenen Truppen den gegnerischen Hauptkräften auszuweichen und den Gegner an seinen Schwachpunkten, meist in seinem Rücken, zu treffen. Sie dominiert nach wie vor das strategi-

sche Denken in westlichen Armeen und innerhalb der NATO (Mengelkamp/Vincent 2026). Ihr gegenüber steht eine Strategie die primär auf die Positionsverteidigung ausgelegt ist, wie sie zum Beispiel von den baltischen Staaten mit der Baltic Defence Line präferiert werden. Diese wurde im Januar 2024 von den drei baltischen Staaten angekündigt, um ihre Grenze zu Russland und Belarus zu schützen. Estland beabsichtigt ca. 600 Bunkeranlagen entlang der Grenze zu bauen. Da die Grenzen von Lettland und Litauen zu Russland und Belarus länger sind, werden sich die Verteidigungslinien in diesen beiden Staaten vermutlich vor allem auf Grenzübergänge und strategisch wichtige Straßen und Schienen konzentrieren (Milevski 2024, S. 80 – 81). Diese „Verteidigungslinien“ sollen nicht nur linear verlaufen, sondern voraussichtlich auch die notwendige „Tiefe“ von mehreren Kilometern haben. Dabei werden die Bunkeranlagen kombiniert mit Schützengräben und Vorkehrungen, um bei Bedarf sehr schnell Panzersperren und Minenfelder zu errichten. Die Baltic Defence Line befindet sich im Aufbau; aber es wird geschätzt, dass die jeweils 60 Millionen Euro, die jeder der drei baltischen Staaten pro Jahr dafür aufzubringen bereit ist (für Lettland und Estland entspricht dies immerhin acht Prozent ihres Verteidigungsetats) nicht ausreichen werden, um die tatsächlichen Kosten abzudecken (Ryan 2024).

Für eine solche Positionsverteidigung sprechen politische und auch taktische Gründe. So erfordert die Strategie der Manöververteidigung die Bereitschaft, eigenes Territorium preiszugeben, um dann die vulnerablen Stellen des Feindes mittels eines Gegenschlags zu treffen. Eine solche Preisgabe von größeren Gebieten ist jedoch für die geografisch kleinen baltischen Staaten kaum akzeptabel; nicht zuletzt auch deshalb, weil sie über Jahrzehnte von der Sowjetunion besetzt waren. Hinzu kommt die, im Angesicht der russischen Kriegsverbrechen in den von Russland eroberten Gebieten in der Ukraine völlig berechnete, Furcht vor Repressionen und ähnlichen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Falle einer russischen Besetzung baltischen Territoriums. Zudem würde die Manöververteidigung auch offensive militärische Vorstöße über die Grenze hinaus auf russisches Territorium erfordern. In Anbetracht der nuklearen Bedrohung durch Russland könnte es innerhalb der NATO keine Verständigung auf solche offensiven Vorstöße geben (Milevski 2024) –

man denke hier auch an das Szenario von Masala (2025), in welchem sich die NATO aus ähnlichen Gründen nicht auf eine militärische Reaktion einigen kann.

Neben diesen politischen Gründen sprechen auch taktische Entwicklungen für eine eher defensiv ausgelegte Strategie und gegen die Grundannahmen, welche den oben angeführten Szenarien einer schnellen Eroberung des Baltikums zu Grunde liegen. So gehen verschiedene Experten für Militärstrategie davon aus, dass Entwicklungen in der Militärtechnologie dafür sprechen, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der die Defensive im Vorteil ist und es – ähnlich wie im Ersten Weltkrieg – äußerst schwierig ist, das Schlachtfeld zu überqueren (Gady 2021; Hammes 2021; Fox 2021; Gady / Kofman 2023, 2024). Der Krieg in der Ukraine bestätigt diese Überlegungen zum größten Teil (Gady / Kofman 2023, 2024). So macht es etwa die enorme Präsenz von Überwachungsdrohen beinahe unmöglich, sich vor den Augen des Gegners zu verstecken. Werden die eigenen Kräfte vom Gegner aufgeklärt, so können sie zeitnah mittels präziser Artillerie, bewaffneten Drohnen oder „Loitering Munitions“ unter Feuer genommen werden. Eine schnelle Überwindung des Schlachtfelds gegen einen gut vorbereiteten Gegner, der sich eingegraben hat, ist unter diesen Bedingungen äußerst schwierig und erfordert nicht nur sehr gute Vorbereitung, sondern vor allem auch den Einsatz massiver Ressourcen. Milevski (2024) zieht daraus die Schlussfolgerung, dass ein *Fait accompli* Szenario, also sehr schnelle russische Eroberungen im Baltikum, deren Erfolg auf dem Überraschungsmoment basiert, ziemlich unwahrscheinlich ist. Denn ohne das Zusammenziehen massiver militärischer Truppen hätte eine solche Unternehmung wohl kaum eine Chance und eben jene Vorbereitungen würden der NATO nicht verborgen bleiben; vor allem nicht nach der Erfahrung mit den Vorbereitungen des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022. Die NATO hätte dann wiederum Zeit den russischen Eroberungsplänen einen Riegel vorzuschieben. Hinzu kommt, dass die russische Durchhaltefähigkeit militärischer Operationen im Baltikum stark von der Versorgung mit Nachschub über Eisenbahngleise abhängig ist. Da es nur neun Punkte gibt, an denen das Baltikum über Gleise mit Russland oder Belarus verbunden ist, würde es der NATO nicht allzu schwer fallen, die Versorgung russischer Truppen im Baltikum empfindlich zu stören (Milevski 2022).

Kurzum: die *Fait-accompli* Szenarien der Aufrüstungsbefürworter mögen auf den ersten Blick plausibel erscheinen. Bei genauerem Hinsehen jedoch – und vor allem unter Berücksichtigung militärtechnologischer und taktischer Entwicklungen, wie sie insbesondere der Krieg in der Ukraine vor Augen führt – gibt es viele gute Argumente, die gegen diese Szenarien sprechen bzw. sie als ziemlich unwahrscheinlich erscheinen lassen – zumindest dann, wenn die NATO-Staaten, zumindest die europäischen NATO-Mitglieder, auf eine gut koordinierte Strategie der Positionsverteidigung setzen. Dabei kann durchaus zugestanden werden, dass es zu riskant sei nur auf die Verteidigung befestigter Stellungen zu setzen. Bereits in den 1980er Jahren wurden jedoch Modelle der „defensiven Verteidigung“ entwickelt, die nicht nur auf das halten befestigter Positionen abzielten, sondern in deren Zentrum ein Netzwerk aus kleinen Infanterieeinheiten steht, die, ausgestattet mit modernen Panzerabwehrwaffen, gegnerische Verbände aus vorbereiteten Stellungen angreifen und durch Artillerie unterstützt werden. Dieses Netz aus Infanterie und Artillerie wird zusätzlich durch vergleichsweise kleine mobile gepanzerte Kräfte unterstützt, die dort eingreifen, wo das Netz allein einen Angreifer nicht aufhalten kann. Diese mobilen Kräfte könnten quasi wie eine „Spinne im Netz“ agieren, wären aber außerhalb davon nicht zu größeren Manövern in der Lage.²

Ein weiteres Argument gegen die geplante Aufrüstung der Bundeswehr sind die enormen finanziellen Kosten dieses Vorhabens. Dabei weisen kritische Stimmen das Argument zurück, dass die massive Aufrüstung nötig sei, weil die Bundeswehr über Jahre kaputtgespart worden sei. So zeigt etwa eine Greenpeace-Studie von 2023, dass Deutschland von 1993 bis 2022 1.408,8 Milliarden US-Dollar für seine Streitkräfte ausgegeben hat – sogar etwas mehr als Frankreich, wenn man dessen Ausgaben für seine Nuklearstreitkräfte herausrechnet (von Boemcken et al. 2023). Deutschland hatte seine Militärausgaben bereits nach 2014 schrittweise erhöht und damit bis 2024, also innerhalb von zehn Jahren, verdoppelt. 2025 solle der reguläre Verteidigungshaushalt im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zehn Milliarden ansteigen, auf 62,4 Milliarden Euro. Das entspricht 2,4 Prozent des BIP. Hinzu kamen 2025 weitere rund 24 Milliarden Euro aus dem 2022 eingerichteten Bundeswehr-Sondervermögen in Höhe von insgesamt 100 Milliarden Euro. Damit standen der Bundeswehr

2025 mehr als 86 Milliarden Euro zur Verfügung. Für 2026 sind für den Wehretat 82,7 Milliarden Euro vorgesehen, für 2027 dann 93,3 Milliarden Euro. Auch 2026 und 2027 kommen zusätzlich noch Mittel aus dem Sondervermögen hinzu. Für 2026 wird dadurch das Gesamtvolumen der Ausgaben für Verteidigung bei über 108 Milliarden Euro liegen. Nachdem die Mittel des Sondervermögens aufgebraucht sind, müssen Deutschlands Militärausgaben komplett aus dem regulären Verteidigungsetat finanziert werden. Für 2028 werden dafür 136,48 Milliarden und für 2029 152,83 Milliarden Euro angepeilt (Bundesministerium der Verteidigung 2025). Nach einer Berechnung des Recherchenetzwerks Correctiv entspräche dieser Wert (153 Milliarden Euro) rund 32 Prozent des Bundeshaushalts und 3,55 Prozent des deutschen BIP von 2024 (Bernhard 2025). Wenn Deutschland die Zusage vom NATO-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag einhält und spätestens ab 2035 dann sogar 5 Prozent seines BIP fürs Militär ausgibt, könnten diese Werte weiter steigen, auch wenn 1,5 Prozent davon auch für „verteidigungsrelevante Infrastruktur“ aufgewendet werden können.

Nicht primär aber eben auch wegen dieser enormen Kosten, die entweder zu Lasten anderer Haushaltspositionen gehen oder in Form von Schulden zukünftige Generationen belasten, verweisen manche Rüstungsskeptiker hinsichtlich einer Alternative zur uneingeschränkten Aufrüstung auf das Konzept der Rüstungskontrolle. So fordert etwa die Greenpeace-Studie von Steinmetz et al. (2024, S. 6), dass „die bestehende konventionelle Überlegenheit der Nato – bei gleichzeitig potenziell möglicher nuklearer Eskalationsbereitschaft auf russischer Seite – zum Anlass genommen [wird], rüstungskontrollpolitische Initiativen vorzubereiten und anzustoßen, die neues Vertrauen schaffen und eine Verifikation der jeweiligen militärischen Potenziale zumindest in Europa erlauben.“ Vor allem fehle es an einem institutionalisierten Dialog über die Stationierung konventioneller Streitkräfte in Europa zwischen der NATO und Russland sowie zwischen den USA und Russland über atomare Rüstungskontrolle oder Abrüstung (Steinmetz et al. 2024). Auch Friesendorf und Zellner (2025), die durchaus davon ausgehen, dass ein russischer Revisionismus nicht bei der Ukraine Halt machen wird, plädieren dafür, die Aufrüstung von Bundeswehr und NATO durch Rüstungskontrollbemühungen zu begleiten, um das Eskalationsrisiko zu verringern. Denn

zusätzlich zu den hohen finanziellen Kosten birgt eine unkontrollierte Aufrüstung vor allem auch die Gefahr, dass sie die Stabilität der (wechselseitigen) Abschreckung, die sie laut Aufrüstungsbefürwortern ja stärken soll, untergräbt. Wenn beispielsweise ein technologischer Durchbruch durch eine neue Waffentechnologie oder schlicht die schiere Masse in Folge von Aufrüstung einer Seite entscheidende Vorteile verschaffen kann, entstehen Anreize für die andere Seite, den Konflikt militärisch zu eskalieren, bevor diese Vorteile wirksam werden. Hinzu kommt, dass das Schadenspotenzial auf allen Seiten durch unkontrollierte Aufrüstung wächst – und damit auch das Leid und die Zerstörung, wenn die Abschreckung versagt.³ Es ist klar, dass in der gegenwärtigen Situation, in der Russland in der Ukraine einen brutalen Angriffskrieg führt und die daher von großem Misstrauen gegenüber Russland geprägt ist, das Bemühen um Rüstungskontrolle nicht einfach ist. Anzumerken ist allerdings, dass rüstungskontrollpolitische Fortschritte im Kalten Krieg auch in Situationen gelungen sind, in denen das wechselseitige Misstrauen hoch war. So starteten die Strategic Arms Limitation Talks (SALT), die maßgeblich dazu beigetragen haben, das

Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion einzudämmen, im Jahr 1969; ein Jahr nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Und in den 1980er Jahren verhandelten USA und Sowjetunion erfolgreich über die Kontrolle von nuklearen Mittelstreckenraketen – während die Sowjetunion einen brutalen Krieg in Afghanistan führte. Zellner (2025) weist darauf hin, dass es auch im gegenwärtigen konfrontativen Sicherheitssystem („system of confrontational security“) Instrumente der konventionellen Rüstungskontrolle gibt, die eine sinnvolle Ergänzung zu einer Strategie der Abschreckung darstellen. Ein Beispiel hierfür sind Begrenzungen für weit reichende Distanzwaffen, wie zum Beispiel die russischen Kalibr Marschflugkörper (1.500-2.500 km Reichweite) oder die amerikanischen Tomahawk Marschflugkörper (1.600–2.500 km Reichweite). Ein weiteres Beispiel ist ein Wieder-Hochfahren klassischer Vertrauensbildender Maßnahmen (Informationsaustausch über Streitkräfte und Hauptwaffensysteme, wechselseitige Inspektionen zur Überprüfung vor Ort) wie sie im Wiener Dokument (zuletzt 2011 aktualisiert) niedergelegt sind (Zellner 2025).

4. Wer hat Recht?

An dieser Stelle werden nun die in den beiden vorherigen Kapiteln vorgestellten Argumente der Aufrüstungsbefürworter und Aufrüstungsskeptiker diskutiert und gegeneinander abgewogen. Beide Seiten haben gute Argumente. Aber dennoch kann keine der beiden Seiten voll überzeugen. Am vielversprechendsten erscheint daher eine Kombination der Politikempfehlungen beider Lager. So ist es etwa angesichts der generellen Unsicherheit im Hinblick auf die russische Motivation bezüglich einer Aggression gegen NATO-Bündnisgebiet durchaus sinnvoll, auf eine Strategie der Abschreckung zu setzen. Diese ist aber sehr riskant und sollte eine defensive Form annehmen (deterrence by denial), sich primär an einer Strategie der Positionsverteidigung ausrichten und durch Bemühungen um Rüstungskontrolle ergänzt werden.

Im Hinblick auf die Motivationslage Russlands darf festgehalten werden, dass diese keinesfalls so klar ist, wie sie häufig und in verkürzter Form in den Medien und zum Teil auch in den Analysen der Aufrüstungsbefürwortern dargestellt wird. Allerdings zeigen die Äußerungen Putins (sowie weiterer hochrangiger russischer Funktionäre) und vor allem die Kriegshandlungen Russlands in der Ukraine seit 2014 neo-imperialistische Ambitionen zur Ausdehnung der russischen Einflussosphäre. Die Warnung davor, dass diese Ambitionen auch nach einem Sieg bzw. einer für Russland vorteilhaften Beendigung der Kampfhandlungen in der Ukraine nicht befriedigt sein könnten, sondern dass dies die russische Führung vielmehr dazu anspornen würde nach mehr zu streben, womöglich, wie Timothy Snyder der Überzeugung ist, damit Wladimir Putin seinen Platz

in der Geschichte bekommt,⁴ sollte deshalb nicht als Alarmismus abgetan werden. Anzumerken ist aber auch, dass Kriege derart komplexe soziale Phänomene sind, dass sie in der Regel nicht monokausal erklärt werden können und dass Staaten in der Regel über gemischte Motivlagen verfügen. So ist es aus einer Perspektive, die mächtige Staaten vor allem als Akteure betrachtet, die primär danach streben ihre Sicherheit zu maximieren,⁵ völlig plausibel, dass die Westbindung der Ukraine (bis hin zu Integration in NATO und EU) nicht nur einen Verlust von Einfluss, sondern auch einen Verlust an Sicherheit für Russland bedeuten würde.

Schließlich hat Russland (so wie umgekehrt auch der Westen) keine definitive Absicherung gegen eine Aggression und ist daher darauf bedacht, zur Erhöhung seiner Sicherheit den Westen durch (mindestens) neutrale Pufferstaaten auf Abstand zu halten. Daraus folgt nicht, einem solchen russischen Interesse nachzugeben und die Ukraine dafür zu opfern. Das wäre nicht im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer:innen. Hier geht es lediglich darum, diese Motivlage zur Kenntnis zu nehmen und zu analysieren, was dies für die Sicherheitspolitik gegenüber Russland bedeutet. In den Worten von Charles Glaser, einem der führenden Vertreter der Denkschule des defensiven Realismus: „Das heutige Russland kann als erstrangiges Beispiel für ein Land mit gemischter Motivlage dienen: Es verfolgt in der Ukraine aggressive Politiken sowohl, weil es glaubt, die Ukraine sollte Teil von Russland sein, als auch, weil es sich von der Nato-Erweiterung bedroht fühlt“ (Glaser 2024, S. 126, zitiert nach Friesendorf/Zellner 2025). Da sich die Motivlage von Putins Russland nicht exakt belegen oder auf nur einen einzigen Faktor zurückführen lässt, erscheint es also klug, nicht von einem „entweder (Neo-Imperialismus) oder (Streben nach Sicherheit)“ auszugehen, sondern von einem „sowohl als auch“. Diese Feststellung ist nicht trivial. Aus ihr folgt, dass es im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik und auch auf die Ausrichtung der Bundeswehr in der Tat sinnvoll ist, zunächst einmal auf eine Strategie der Abschreckung gegenüber Russland zu setzen, denn beide Motive könnten Russland zu aggressivem Vorgehen gegenüber NATO-Staaten verleiten. So könnte ein Angriff auf das Baltikum, wie in den Szenarien der Aufrüstungsbefürworter dargelegt, sowohl dem Streben nach Wiederherstellung alter imperialer Größe

dienen, als auch dem Bestreben die eigene Sicherheit durch eine Zurückdrängung und Demontage der NATO zu erhöhen.

Wichtig ist aber, dass die Annahme einer gemischten Motivlage auch darauf verweist – und hier haben die Aufrüstungsskeptiker einen Punkt – dass es Alternativen bzw. Ergänzungen zur bloßen Abschreckung durch Aufrüstung gibt; ja, dass eine solche Strategie unter Umständen sogar kontraproduktiv und gefährlich sein kann. Durch die eigene Aufrüstung – insbesondere dann, wenn sie in eine Strategie des denial through punishment mit größerem Offensiv-Potenzial und der Möglichkeit, den Gegner tief im Hinterland zu attackieren eingebettet ist – macht man die Gegenseite unsicherer und bestärkt sie dadurch in ihrem Bestreben ebenfalls aufzurüsten.⁶ Im Ergebnis eines solchen Rüstungswettlaufs gewinnt keine der beiden Seiten an Sicherheit. Vielmehr besteht das Risiko, dass beide Seiten an Sicherheit verlieren, weil durch Qualität und Quantität der Aufrüstung das Zerstörungspotenzial erhöht wird und sich das wechselseitige Misstrauen steigert. Wenn eine Seite befürchtet, zukünftig ins Hintertreffen zu geraten, können sogar Anreize zu vermeintlichen „Präventivschlägen“ geschaffen werden. Das sind klassische Erkenntnisse der Rüstungskontrollforschung. Dass die Rüstungsskeptiker sie in die Debatte einbringen ist sinnvoll, denn sie helfen, Schwachstellen und Risiken in der Aufrüstungslogik zu identifizieren.

Besteht das Motiv der Gegenseite allein in der imperialen Ausdehnung, ist es riskant, sich nicht auf ein Wettrüsten einzulassen (wobei damit noch nicht gesagt ist, dass die Aufrüstung nicht auch einen defensiven Charakter annehmen kann, mehr dazu unten). Wenn das aggressive Außenverhalten der Gegenseite jedoch auch, zumindest zu einem relevanten Teil, durch das Streben nach Sicherheit hervorgerufen wird, dann kann ausgelotet werden, ob sich selbiges nicht auch auf anderen Wegen befriedigen lässt. Dann liefert die Rüstungskontrolle einen Ausweg aus dem gefährlichen Wettrüsten und kann politische Akteure in Russland stärken, die bezweifeln, dass der nationalen Sicherheit ihres Landes durch einen Überfall auf Nachbarstaaten gedient ist.⁷ Aber klar ist auch: weil wir uns der Stärke bzw. Schwäche der imperialistischen Motivation nicht sicher sein können, macht es Sinn auf eine Doppelstrategie aus Aufrüstung zur Abschreckung und Rüstungskontrolle zu setzen.

Die Gegner von Rüstungskontrolle werden einwenden, dass Rüstungskontrolle mit Putin nicht funktioniert. Aber Rüstungskontrolle ist nicht das Ergebnis von Verhandlungen mit einem Partner, dem man vertraut, oder gar eine Garantie gegen Vertragsbruch. Rüstungskontrolle ist ein Instrument, das Grenzen für bestimmte Waffen definiert und durch Verifikationsmechanismen (z. B. Satellitenüberwachung oder Inspektionen) hilft zu überprüfen, ob sich alle daran halten. Vertragsverletzungen können so leichter entdeckt werden und es besteht jederzeit die Möglichkeit, mit eigenen Rüstungsanstrengungen zu reagieren. Das Risiko von unerwarteten Rüstungsentwicklungen überrumpelt zu werden sinkt durch bessere Informationen. Im besten Fall kann sogar verlorengegangenes Vertrauen langsam und schrittweise wieder aufgebaut werden (Mutschler 2025). Allerdings braucht es ein Mindestmaß an Vertrauen in die Gegenseite, um Rüstungskontrollverhandlungen überhaupt zu beginnen. Solange Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit unverminderter Brutalität fortsetzt, u. a. mit dem Raketenbeschuss ziviler Ziele, dürfte das nicht gegeben sein. Es spricht jedoch vieles dafür, mit der Ausarbeitung konkreter Konzepte für Rüstungskontrolle zu beginnen.

Die Aufrüstungskeptiker wiederum wenden (gegen diese Doppelstrategie) ein, dass es doch überhaupt keiner größeren Aufrüstungsanstrengungen seitens der NATO oder auch nur deren europäischen Teils braucht, weil diese Russland gegenüber in fast allen Waffenkategorien sowohl in Quantität als auch Qualität überlegen sei. Mit anderen Worten, die Abschreckung gegen einen Angriff Russlands sei bereits gewährleistet, ohne dass größere Rüstungsanstrengungen zu schultern wären. Die Aufrüstungsbefürworter halten dagegen mit dem Verweis auf Russlands Umstellung auf Kriegswirtschaft und Zahlen zur dadurch hochgefahrenen Produktion von Rüstungsgütern. Beide Argumentationsstränge bringen relevante Informationen in die Debatte ein, greifen aber zu kurz. Die Schätzungen zur russischen Rüstungsproduktion sind eben nur Schätzungen, die methodisch z. T. auf recht wackligen Beinen stehen.⁸ Vor allem aber werden die hohen Produktionsraten durch die Modernisierung alter Sowjetbestände angetrieben und dürften auf diesem Niveau nicht zu halten sein (das sagen die Autoren der entsprechenden Studie selbst); von den Kosten und Nachteilen für die zivile russische Wirtschaft ganz abgesehen.

Der Vergleich zwischen bestehenden militärischen Gesamtkapazitäten zwischen den NATO-Staaten und Russland, wie er von den Aufrüstungskeptikern ins Feld geführt wird, macht einen wichtigen Punkt gegen das Kleinreden der europäischen militärischen Fähigkeiten und stellt eine wichtige Versachlichung der – zumindest im deutschen öffentlichen Diskurs – z. T. geradezu hysterisch geführten Debatte dar. Aber zur Bewertung der Abschreckungsfähigkeit der NATO gegenüber Russland und einer Einschätzung von Eskalationsmöglichkeiten greift ein solcher Gesamtvergleich der Kräfte zu kurz. Er zeigt, dass Russland einen länger andauernden Krieg gegen die NATO nicht gewinnen kann; insbesondere dann nicht, wenn sich die europäischen NATO-Mitglieder dabei auf die Unterstützung der USA verlassen könnten. Allerdings zeigen die von den Aufrüstungsbefürwortern ins Feld geführten Szenarien für einen russischen Angriff auf das Baltikum, dass es für Russland auch militärische Optionen gibt, mit denen sich Putin zumindest die Hoffnung machen könnte, unterhalb dieser Schwelle zu bleiben, die NATO vor vollendete Tatsachen zu stellen und damit zu spalten. Was nützen in einer solchen Situation – zugespitzt formuliert – Panzer, die in Spanien oder Italien stehen? Gerade das von Masala (2025) durchgespielte Szenario führt vor Augen, dass es vielleicht gar nicht so sehr die militärischen Fähigkeiten sind, auf die es ankommt, sondern vor allem der politische Zusammenhalt der NATO, der durch die Politik der Trump-Administration nicht gerade gestärkt wird.

Konfrontieren wir diese Szenarien nun aber mit der Realität der Kriegsführung, wie sie sich in der Ukraine aber auch andernorts entwickelt, und mit den entsprechenden Erkenntnissen aus den Strategic Studies, dann spricht vieles dafür, dass diese Szenarien doch ziemlich unwahrscheinlich sind und kritisch hinterfragt werden müssen.⁹ Wie in Kapitel 3 dargelegt wurde, spricht viel dafür, dass bei den aktuellen technologischen und taktischen Entwicklungen die Defensive im Vorteil ist. Schnelles Vorankommen auf dem Schlachtfeld, insbesondere wenn es auch um die Einnahme von Städten geht, ist extrem aufwändig und es ist unwahrscheinlich, dass solche Eroberungen handstreichartig erfolgen können, ohne zuvor größere Truppen zu bewegen; was beim Stand der heutigen Aufklärungsfähigkeiten dem Gegner nicht verborgen bleibt und Zeit zur vorbeugenden Reaktion gibt. Das gilt vor allem, wenn die Verteidiger gut vorbereitet

sind. Gerade die Positionsverteidigung mit Bunkeranlagen, Schützengräben und Panzersperren, wie von den drei baltischen Staaten mit der Baltic Defence Line angekündigt, kann somit einen wesentlichen Beitrag zur Abschreckung im Sinne von deterrence by denial leisten, indem sie die Aussichtslosigkeit einer schnellen Eroberung des Baltikums untermauern.

Das gilt umso mehr, als für eine solche defensive Positionsverteidigung im Baltikum neben militärisch-taktischen auch politische Gründe sprechen. Denn die alternative Strategie der Manöververteidigung mit großen gepanzerten Verbänden erfordert die Bereitschaft, eigenes Territorium preiszugeben, um dann die vulnerablen Stellen des Feindes mittels eines Gegenschlags zu treffen. Eine solche Preisgabe von größeren Gebieten scheint jedoch für die geografisch kleinen baltischen Staaten – nicht zuletzt im Angesicht der russischen Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung der Ukraine – kaum akzeptabel. Andere NATO-Staaten wiederum könnten mit Skepsis und Sorge vor einer Eskalation bis an und über die nukleare Schwelle auf die – für eine erfolgreiche Bewegungskriegsführung gegen Russland ebenfalls erforderlichen – Vorstöße mit größeren Verbänden auf russisches Territorium blicken. Vor allem wenn die Eskalationsdominanz der NATO durch Zweifel an der (auch nuklearen) Rückversicherung durch die USA in Frage steht, wären solche Sorgen absolut berechtigt.

Mit anderen Worten: Die von Aufrüstungsbefürwortern angeführten Szenarien und die Unsicherheit im Hinblick auf Russlands Intentionen sprechen zwar dafür, Vorbereitungen zur Verteidigung des Baltikums zu treffen. Dabei scheint es aufgrund der dargelegten Argumente jedoch geboten, sich bei diesen Vorbereitungen auf die defensive Positionsverteidigung im Baltikum selbst zu konzentrieren und den Schwerpunkt darauf zu legen, sowohl die logistischen (v. a. Nachschub von Ersatzteilen, Munition, Personal) wie auch die politischen (Einigkeit und Entschlossenheit zumindest unter den europäischen NATO-Staaten) Rahmenbedingungen zu verbessern. Gerade die Logistik findet zu Unrecht viel seltener Erwähnung in der öffentlichen Debatte, als die Beschaffung neuer Waffensysteme. Dabei ist gerade die Fähigkeit, Verbände schnell zu verlegen, wichtig. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei der Bahn zu. Laut NATO-Plänen für die Verteidigung Polens und des Baltikums müssten

bis zu zehn Brigaden von etwa 5.000 Soldat:innen und einigen hundert gepanzerten Fahrzeugen inkl. Panzer sehr kurzfristig bewegt werden, um NATO-Kräfte an die Front zu bringen. Die derzeit in Deutschland vorhandenen Waggons reichen aber nur für höchstens zwei Panzerbrigaden gleichzeitig (Gady 2024, S. 297). Auch hier kosten Verbesserungen Geld und es ist sinnvoll, neben der reinen Logistik auch bei denjenigen Militärtechnologien aufzurüsten, bei denen klare Fähigkeitslücken bestehen und die gerade für eine erfolgreiche Positionsverteidigung gebraucht werden. Das gilt zum Beispiel für die Bereiche Munitionsproduktion, Satellitenaufklärung, Luft- und Drohnenabwehr und ja, auch für bewaffnete Drohnen mit kürzerer Reichweite zur Abwehr angreifender Verbände.

Im Gegensatz dazu sollten Investitionen in weitreichende Distanzwaffen unterbleiben. Diese sind in der Lage, den jeweiligen Gegner noch weit hinter einer möglichen Frontlinie bei seiner kritischen Infrastruktur zu treffen. Deshalb sind es gerade diese Waffen, die im Falle einer Krisensituation zwischen der NATO und Russland eine signifikante Eskalationsgefahr mit sich bringen. Die NATO insgesamt hat bei solchen Systemen keine Fähigkeitslücke gegenüber Russland; sie ist dafür aber relativ stark auf die USA und deren see- und luft-gestützte Systeme angewiesen (Richter 2024). Gleichzeitig ist Russland in der Lage mit seinen weit reichenden Distanzwaffen die Europäer zu bedrohen und im Falle einer tatsächlichen Eskalation enormen Schaden – auch in Deutschland – anzurichten. Eine rüstungskontrollpolitische Begrenzung (im besten Falle ein geographisch weitreichendes Verbot) solcher Waffen, wie beispielsweise von Zellner (2025) vorgeschlagen, wäre deshalb nicht nur sicherheitspolitisch sinnvoll für Deutschland, sondern auch im Sinne einer Reduzierung der sicherheitspolitischen Abhängigkeit der europäischen NATO-Staaten von den USA. Der Ausbau der Raketenabwehr scheint im Vergleich zur rüstungskontrollpolitischen Beschränkung von solchen Distanzwaffen die schlechtere Alternative. Die Abfangraketen sind zumeist sehr viel teurer als die Raketen, die sie abfangen sollen, da sie die wesentlich anspruchsvollere Aufgabe haben. Eine in der Fläche wirksame Raketenabwehr gegen einen Gegner wie Russland, der über ein großes Arsenal offensiver Raketen verfügt, ist daher nur schwer vorstellbar.¹⁰ Das bedeutet nicht, dass Raketenabwehr prinzipiell

nutzlos ist. Wie man in der Ukraine sieht, können bestimmte defensive Technologien eine zentrale Schutzfunktion ausfüllen.

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass weder Abrüstungsbefürworter noch Abrüstungsskeptiker mit ihrer jeweiligen Argumentation voll überzeugen können. Beide Seiten bringen wichtige Aspekte in die Debatte ein. Am sinnvollsten erscheint aber ein Vorgehen, dass die Stärken beider Perspektiven

kombiniert, um die jeweiligen Schwächen so gut wie möglich auszugleichen. Konkret bedeutet das, auf Abschreckung in Form von deterrence by denial mit einem klaren Schwerpunkt auf defensiver Positionsverteidigung, vor allem im Baltikum, zu setzen und diesen Ansatz mit intensiven Bemühungen um Rüstungskontrolle zu kombinieren; angefangen bei denjenigen Waffensystemen, die einem solchen Ansatz am ehesten entgegenstehen und ihn zu unterminieren drohen.

5. Entwicklung von Strategie und militärischen Fähigkeiten von Bundeswehr und NATO

In diesem Kapitel wird die tatsächliche Entwicklung im Hinblick auf Strategie und militärische Fähigkeiten betrachtet, um dann im abschließenden Fazit (Kapitel 6) die Frage beantworten zu können, inwiefern diese Entwicklungen mit dem in Kapitel 4 dargelegten Ansatz einer Strategie der Abschreckung in Form von deterrence by denial mit Schwerpunkt auf defensiver Positionsverteidigung und ergänzt durch Rüstungskontrollbemühungen im Einklang sind.

5.1 NATO: Strategie und Fähigkeiten

Bereits nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 verstärkte die NATO ihre Reaktionsfähigkeit mit dem Readiness Action Plan, aus dem die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) hervorging. Diese multinationale Brigade von etwa 5.000 Soldaten kann innerhalb von fünf bis sieben Tagen einsatzbereit sein und wird jährlich von einer Rahmennation geführt. Die VJTF war Teil der NATO Response Force (NRF), die nach 2014

auf 40.000 Soldaten erweitert wurde, um auf eine potenzielle russische Aggression zu reagieren. Zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft wurden Übungen intensiviert und Truppen in Osteuropa näher an die Ostflanke verlegt (Marrone 2023, S. 251 f.). 2015 entstanden außerdem die NATO Force Integration Units (NFIUs) in den baltischen Staaten, Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, um die Verlegung alliierter Truppen zu unterstützen. Beim NATO-Gipfel 2016 in Warschau wurde die Enhanced Forward Presence (EFP) beschlossen: Vier multinationale Kampfgruppen mit jeweils 1.000 – 1.200 Soldaten in den baltischen Staaten und Polen, geführt von den USA (Polen), Deutschland (Litauen), Kanada (Lettland) und Großbritannien (Estland). Zur weiteren Verbesserung der Einsatzbereitschaft wurde 2018 die NATO Readiness Initiative beschlossen, die vorsieht, dass die Mitgliedstaaten 30 schwere / mittlere Manöverbataillone, 30 Kampfflugzeugstaffeln und 30 große Marinekampfschiffe innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit halten – unterstützt durch weitere Kräfte zur Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft. Bis 2022 beruhte die Abschreckungs- und Verteidigungshaltung der NATO somit auf einem Maßnahmenbündel aus EFP, VJTF, NRF und NFIU,

um die Sicherheit an der Ostflanke zu gewährleisten (Marrone 2023, S. 252; 254).

Kurz nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine 2022 haben sich die NATO-Mitgliedsstaaten auf dem Madrider Gipfel im Juni 2022 nicht nur auf ein neues Strategisches Konzept verständigt, in dem Russland als größte Bedrohung für die Allianz benannt wird, sondern auch auf ein neues Streitkräftemodell geeinigt, das NATO Force Model (NFM). Auf dem Vilnius-Gipfel 2023 hat die NATO zusätzlich dazu neue regionale Verteidigungspläne verabschiedet. Das neue Streitkräftemodell und die neuen Verteidigungspläne sollen jedes Stück NATO-Territorium vor externen Angriffen schützen. Sie bedeuten eine Rückbesinnung auf die konventionelle Kriegsführung im euro-atlantischen Raum und erfordern von den Mitgliedern, dass sie sich auf größere Landoperationen vorbereiten (Bosica 2024). Das NFM ersetzt mit seinen 500.000 Soldat:innen die NRF von lediglich 40.000 Soldat:innen. Die dem NATO-Kommando zur Verfügung stehenden nationalen Streitkräfte der Tier-1-Truppen sollen innerhalb von bis zu 10 Tagen mit über 100.000 Soldat:innen zusammengezogen werden können. Innerhalb von 10 bis 30 Tagen soll mit Tier-2-Truppen die Gesamtzahl der in hoher Alarmbereitschaft befindlichen Kräfte auf rund 200.000 erhöht werden. In den folgenden 30 bis 180 Tagen sollen mit Tier-3-Truppen zusätzlich bis zu 300.000 Kräfte abgerufen werden können, wodurch die Gesamtzahl der NATO-Truppen im Rahmen des NFM auf 500.000 ansteigen würde (Bosica 2024; Kennedy/Renken 2025).

Die regionalen Verteidigungspläne sind nicht öffentlich. Sie sind in drei geografische Gruppen unterteilt: den Atlantik und Westeuropa, das Baltikum und Mitteleuropa sowie das Mittelmeer und das Schwarze Meer. Dabei werden den Verteidigungsplänen klare Streitkräfte und Fähigkeiten zugewiesen und Bereitschaftsstrukturen festgelegt, mit dem Ziel einer schnellen Verstärkung im Ernstfall (Loorents 2024, S. 1 f.). Die regionalen Verteidigungspläne sind die erste vollständige Überarbeitung der NATO-Doktrin seit 30 Jahren. Sie beinhalten eine klare Zuweisung von Truppen und Ressourcen, regionale Brigade-Konzepte anstelle großflächiger Interventionen sowie einen Fokus auf den Nordatlantik, Mitteleuropa und Südeuropa (Bosica 2024). Als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine beschlossen die NATO-Mitglieder auf dem Madri-

der Gipfel außerdem, die Anzahl und Standorte ihrer Streitkräfte an der Ostflanke zu verstärken. Geschehen soll dies durch die Aufstockung der bestehenden Battlegroups in Estland, Lettland, Litauen und Polen im Rahmen der EFP mit 1.000 – 1.200 Soldat:innen zu Brigaden mit bis zu 5.000 Soldat:innen, durch mehr vorwärts verlegte Fähigkeiten wie Gerät und Waffenvorräte, Luft- und Raketenabwehrsysteme, stärkere Kommando- und Kontrollstrukturen sowie eine enge Einbindung in die regionalen Verteidigungspläne (Bosica 2024; Bundesministerium der Verteidigung 2024a; Kennedy/Renken 2025). Darüber hinaus wurde die Vorwärtspräsenz 2022 um vier weitere Kampfgruppen in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei erweitert, sodass sich die EFP nun von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckt (siehe Karte 2). Die dort stationierten Gefechtsverbände werden von Rahmennationen geführt und von anderen auf freiwilliger und rotierender Basis verstärkt (siehe Tabelle 2). Sie operieren eng mit den nationalen Heimatschutzkräften der Gastländer zusammen und sind dauerhaft stationiert, um Lageerkennung, Interoperabilität und Reaktionsfähigkeit zu verbessern. Die Gefechtsverbände sind in die NATO-Kommandostruktur integriert und führen regelmäßige gemeinsame Übungen durch (North Atlantic Treaty Organization 2025 a).

Karte 2: Die Präsenz der NATO Enhanced Forward Presence (EFP)

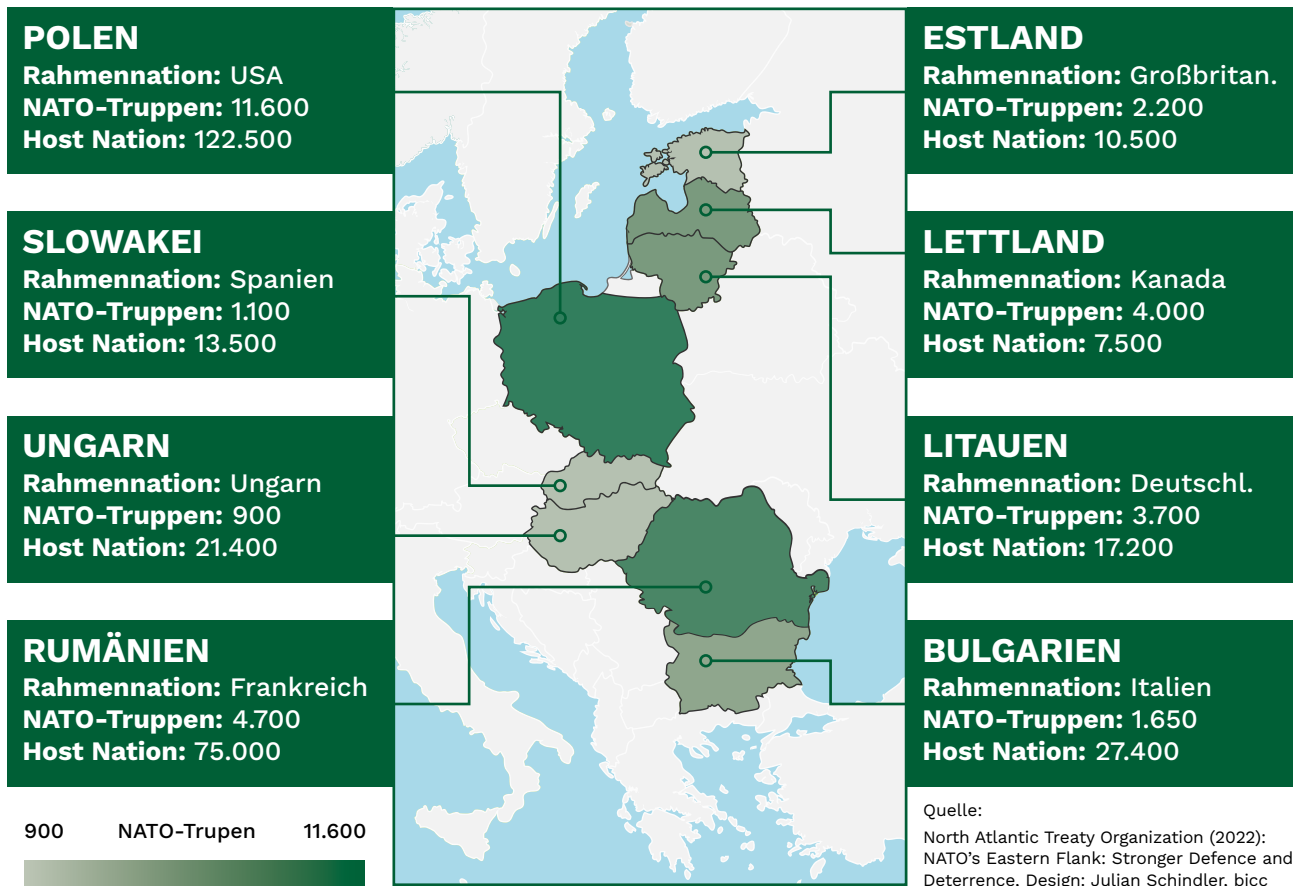


Tabelle 2: NATO-EFP mit den jeweiligen Rahmennationen und unterstützenden Nationen

Land	Rahmennation	Unterstützende Nationen
Estland	Großbritannien	Frankreich
Lettland	Kanada	Albanien, Tschechien, Island, Italien, Montenegro, Nord-mazedonien, Polen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden
Litauen	Deutschland	Belgien, Tschechien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen
Polen	USA	Kroatien, Rumänien, Großbritannien
Bulgarien	Italien	Albanien, Kroatien, Griechenland, Montenegro, Nordmazedonien, Türkei, USA
Ungarn	Ungarn	Kroatien, Italien, Türkei, USA
Rumänien	Frankreich	Belgien, Luxemburg, Polen
Slowakei	Spanien	Tschechien, Portugal, Slowenien

In Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die NATO auch ihre groß angelegten Übungen verstärkt. Diese umfassenden Übungen, die das gesamte Spektrum militärischer Operationen abdecken, sollen die Einsatzbereitschaft der NATO demonstrieren sowie ihre Führungs- und Kommandostrukturen verbessern. Zu diesen Übungen gehört unter anderem die im Mai 2024 mit 90.000 Soldat:innen durchgeführte Übung „Steadfast Defender“, die größte NATO-Übung seit dem Kalten Krieg. Hinzu kommen nationale Übungen wie „Hedgehog 25“, „Defender Europe 25“ und „BALTOPS 25“. Auch die Luft- und Raketenabwehr soll durch regelmäßige Übungen weiter optimiert werden (Bosica 2024; Loorents 2024, S. 2; Kennedy / Renken 2025).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die NATO als Reaktion auf Russlands Invasion in die Ukraine ihr Abschreckungsmodell grundlegend überarbeitet hat (Loorents, 2024). Die Allianz setzt zwar weiterhin auf Abschreckung durch Androhung von Vergeltung (deterrence by punishment), vor allem im Hinblick auf den Einsatz von Nuklearwaffen, sie verfolgt aber seit 2022 verstärkt eine Strategie der Abschreckung durch Verweigerung (deterrence by denial); bei der sie jedoch primär auf die Manöververteidigung mit großen gepanzerten Verbänden setzt (Bosica 2024). Eine zentrale Komponente der NATO-Strategie vor 2022 war das sogenannte „Tripwire“-Konzept mit der Stationierung kleiner Vorkräfte („forward forces“) an der Ostflanke. Ein Angriff auf diese multinationalen Truppen hätte Verluste in allen 30 Mitgliedsstaaten zur Folge gehabt. Im Falle eines Angriffs sollte die Verteidigung durch eine schnelle Verstärkung erfolgen – zunächst durch die VJTF, gefolgt von der gesamten NRF. Das Problem dieser Strategie bestand jedoch darin, dass sie zwar kleine hybride Angriffe bewältigen konnte, einem konventionellen Angriff aber wohl kaum hätte standhalten können. Zudem hing ihr Erfolg maßgeblich davon ab, dass die USA die europäischen Truppen schnell und massiv verstärken würden (Marrone 2023, S. 254 ff.). Nach der russischen Invasion in der Ukraine wich die NATO von diesem „Tripwire“-Ansatz ab und verfolgte stattdessen eine „Total Defense“-Strategie mit dem Ziel potenziellen Angreifern den Zugang zu NATO-Territorium zu verwehren. Dafür verstärkte sie ihre Präsenz an der Ostflanke, verabschiedete das neue NATO-Streitkräftemodell und die neuen regionalen Verteidigungspläne.

Eine weitere wichtige Wegmarke in der Neuausrichtung der NATO markiert der NATO-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag. In dessen Abschlusserklärung hielten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben fest: Bis 2035 muss jedes Mitglied jährlich 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung aufwenden. Davon sollen 3,5 Prozent konkret für den Kernbereich der militärischen Verteidigung bereitgestellt und 1,5 Prozent in kritische Infrastruktur oder andere sicherheitsrelevante Bereiche investiert werden. Die Abschlusserklärung betont erneut die Beistandsverpflichtung unter Artikel 5 sowie die Absicht, die transatlantische Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie auszuweiten (North Atlantic Treaty Organization 2025 b).

Trotz dieser gemeinsamen Abschlusserklärung war der NATO-Gipfel im Juni 2025 jedoch geprägt von der aktuellen Fragilität der transatlantischen Beziehungen und dementsprechend auf Schadensbegrenzung angelegt. Während beim NATO-Gipfel im Jahr zuvor noch vereinbart wurde eine neue Russland-Strategie zu erarbeiten, verzichtete man darauf diesen Beschluss umzusetzen, um einen Konflikt mit US-Präsident Donald Trump zu vermeiden. Darüber hinaus ist auch das Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine deutlich aufgeweicht: Jedem Staat wird das Recht zugestanden, die Ukraine zu unterstützen, aber das frühere Bekenntnis zur Zukunft der Ukraine in der NATO wurde nicht wiederholt, was wohl ebenfalls in der US-Position begründet liegt. Insgesamt zielt der neue Planungszyklus darauf ab, den Anteil der Vereinigten Staaten am Erreichen der Fähigkeitsziele zu senken und diese damit zu entlasten (Fuhrhop 2025).

5.2 Aufrüstung der Bundeswehr nach 2022

Mit der Entscheidung des Madrider Gipfels 2022, die vorherigen Battlegroups an der Ostflanke auf Brigaden mit bis zu 5.000 Soldat:innen aufzustocken, verstärkt Deutschland seine Präsenz in Litauen in Form einer dauerhaft dort stationierten schweren Kampfbrigade. Im April 2025 wurde diese Brigade offiziell in Dienst gestellt. Ihre volle Einsatzbereitschaft soll aber erst 2027 hergestellt sein. Zudem weisen die auf dem Vilnius-Gipfel 2023 verabschiedeten regionalen

Verteidigungspläne Deutschland eine Schlüsselrolle in Zentral- und Nordosteuropa zu. Um diese Aufgabe sowie die Anforderungen des neuen NATO-Streitkräftemodells zu erfüllen, muss Deutschland über 35.000 Soldat:innen in hoher und höchster Bereitschaft für die NATO zur Verfügung stellen (Bundesministerium der Verteidigung 2024 a).

Aktuell dienen bei der Bundeswehr insgesamt knapp 186.000 Soldat:innen in Uniform (Bundeswehr 2026). Ursprünglich war geplant, diese Zahl bis 2031 auf 203.000 aufzustocken. Ein Ziel, dass nach Einschätzung der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages nur schwer zu erreichen sein wird, da die Bemühungen um Personalaufwuchs auch in den vergangenen Jahren weitgehend erfolglos geblieben sind (Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte 2024). Vor dem Hintergrund der Personalprobleme ist die Debatte um die Wehrpflicht erneut entbrannt. Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD festgehalten „einen neuen attraktiven Wehrdienst“ zu schaffen, der „zunächst auf Freiwilligkeit basiert“, mit dem Verweis auf das schwedische Wehrdienstmodell (Koalitionsvertrag 2025, S. 130). Mit dem neuen Wehrdienstgesetzes, das im Dezember 2025 von Bundestag beschlossen wurde, strebt die Bundesregierung an, die Zahl der Soldat:innen bis 2035 auf mindestens 260.000 aktive Zeit- und Berufssoldat:innen zu erhöhen. Die Reserve soll von rund 100.000 auf 200.000 Soldat:innen aufgestockt werden. Das soll zunächst im Rahmen der Freiwilligkeit erreicht werden. Allerdings ist auch vorgesehen, dass der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung eine „Bedarfswehrpflicht“ beschließen kann, wenn sich die sicherheitspolitische Lage verschärft oder sich nicht genügend Freiwillige melden.

Nach der russischen Invasion der Ukraine im Frühjahr 2022 wurde am 3. Juni 2022 das zuvor von Olaf Scholz angekündigte Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro vom Deutschen Bundestag beschlossen. Dem Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums vom Juli 2024 ist zu entnehmen, dass zum 30. April 2024 bereits 86,8 Milliarden Euro des Sondervermögens ausgegeben bzw. gebunden waren (Bundesministerium der Verteidigung 2024 b). Die Mittel wurden in sechs Schwerpunkte aufgeteilt: 1) Bekleidung und persönliche Ausrüstung, 2) Führungsfähigkeit / Digitalisierung, 3) Forschung, Entwicklung und Künstliche Intelligenz, 4) Dimension Land, 5) Dimension Luft, 6) Dimension See. Insgesamt betrachtet wurden die Gelder aus dem Sondervermögen mehrheitlich für die Finanzierung von Großprojekten (siehe Tabelle 3) verwendet (Sebaldt 2024). Es gibt keine vollständige offizielle Liste des BMVg aller aus dem Sondervermögen getätigten Beschaffungen. Dennoch sind einige der Bestellungen öffentlich bekannt, wie etwa die 35 Kampfflugzeuge F-35Y A Lightning II, 60 Transporthubschrauber CH-47F Chinook, 123 Radpanzer GTK Boxer oder 82 Kampfhubschrauber H145M (Friedrichs 2024). Aufgrund der teils langen Lieferzeiten dieser Großprojekte, kritisiert u. a. Klaus-Heiner Röhl, Verteidigungsexperte am Institut der deutschen Wirtschaft, die Beschaffungsmaßnahmen: „Wenn wir auf die jetzt geäußerte strategische Planung gucken und Geheimdienste sagen, wir haben nur fünf Jahre Zeit, um uns auf einen Angriff Russlands vorzubereiten, dann hat man das Geld des Sondervermögens zumindest zum Teil in zu große Projekte gesteckt, die zu lange dauern“ (Röhl zitiert nach: Abdulaziz 2025).

Tabelle 3: Auswahl bestellter Großprojekte

Waffensystem	Bestand (Stand: 2024)	Bestellung	Kosten	Geplante Lieferung
F-35A Lightning II	–	35 Stück	8,3 Mrd. Euro	2026 bis 2030
CH-47F Chinook	–	60 Stück	7,2 Mrd. Euro	2027 bis 2030
Boxer	405 Stück	123 Stück (GTK Boxer)	2,7 Mrd. Euro	2025 bis 2030
H145M	16 Stück	82 Stück	2,6 Mrd. Euro	2025
Puma	350 Stück	50 Stück	1,5 Mrd. Euro	Bis 2027
Arrow 3			4,0 Mrd. Euro	Ende 2025 bis 2030

Quelle: Bestandszahlen aus The Military Balance 2024. Zahlen zu Bestellungen, Kosten und Lieferzeiten aus Friedrichs 2024.

Auch die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz plant weitere Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr im Rahmen eines „mehr-jährigen Investitionsplans für die Verteidigungsfähigkeit“ (Koalitionsvertrag 2025). Durch die Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben sollen die benötigten Mittel bereitgestellt werden. Zudem hat das Kabinett im Juli 2025 das Bundeswehr Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz beschlossen, das komplizierte Vergabeverfahren beschleunigen soll (Hauck 2025). Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums schrieb gegenüber der Tagesschau: „Geplant sind Investitionen unter anderem in den Bereichen Luftverteidigung, weitreichende Präzisionswaffen, Beschaffung und Bevorratung von Munition, unbemannte Systeme in allen Dimensionen, Digitalisierung und Führungsfähigkeit einschließlich der Nutzung innovativer Technologien, wie Künstliche Intelligenz“ (Ministeriumssprecherin zitiert nach Abdulaziz 2025).

Im Laufe des Sommers 2025 wurden konkretere Informationen zur geplanten Beschaffung von Drohnen für die Bundeswehr bekannt. Demnach plant die Bundeswehr bis 2029 einen massiven Ausbau ihres Bestands an Drohnen. Bis jetzt verfügen die Streitkräfte über etwas mehr als 600 Drohnen, bis 2029 soll die Zahl auf über 8.000 steigen (loyal 2025). Geplant ist auch die Beschaffung von so genannter Loitering Munition (Einweg-Kampfdrohnen). Diese Art von Munition setzt bei der Zielerfassung auch auf Künstliche Intelligenz, auch wenn nach Angaben des BMVg

der Mensch immer in die Entscheidung über den Waffeneinsatz eingebunden sein soll. Auch das Heer hat damit begonnen verschiedene Typen von Bodenrobotern zu erproben, auch mit Bewaffnung (Wiegold 2025 a).

Noch die Ampel-Regierung hatte sich 2024 mit den USA darauf verständigt, ab 2026 erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges wieder Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren. Dabei handelt es sich um US-Waffensysteme vom Typ SM-6 (Reichweite 460 km), Tomahawk-Marschflugkörper (Reichweite zwischen 1.700 und 2.500 km) und Dark-Eagle Hyperschallwaffen (Reichweite bis zu 2.800 km), die der Kontrolle der 2. Multi Domain Task Force der US-Streitkräfte unterliegen sollen. Damit „werden ab 2026 zum ersten Mal seit Inkrafttreten des INF-Vertrages im Jahr 1988 wieder Ziele in Russland mit landgestützten Systemen strategischer Reichweite von Deutschland aus bedroht“ (Richter 2024, S. 6). Um die Abhängigkeit von den USA in diesem Bereich zu reduzieren, hat Deutschland zusammen mit weiteren europäischen Ländern (Frankreich, Italien, Polen, Großbritannien und Schweden) den European Long Range Strike Approach (ELSA) ins Leben gerufen, um Waffensysteme mit diesen Reichweiten zu entwickeln und beschaffen. Dementsprechend haben sich Deutschland und Großbritannien auf die Entwicklung weitreichender Distanzwaffen mit einer Reichweite von mehr als 2.000 Kilometern verständigt (Wiegold 2025 b).

6. Fazit

Wie aus dem vorherigen Kapitel hervorgeht, hatte die NATO bereits nach der russischen Annexion der Krim 2014 damit begonnen, ihre militärische Reaktionsfähigkeit zu steigern. Nach der russischen Vollinvasion der Ukraine 2022 hat die NATO sich auf ein neues strategisches Konzept und Streitkräftenmodell sowie auf neue regionale Verteidigungspläne verständigt. Damit setzt sie darauf, jedes Stück NATO-Territorium vor externen Angriffen zu schützen und baut ihre Präsenz an der Ostflanke aus, insbesondere

im Baltikum. Der Bundeswehr kommt dabei mit der dauerhaften Stationierung einer Brigade in Litauen und der Bereitstellung von über 35.000 Soldat:innen in hoher und höchster Bereitschaft im Rahmen des NFM eine wichtige Rolle zu. Mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und vor allem mit der Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben und dem erklärten Ziel bis zum Jahr 2029 fünf Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben wird die Bundeswehr massiv aufgerüstet. Mit

anderen Worten, die Aufrüstungsbefürworter haben sich angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und mit den seit dem Amtsantritt von Donald Trump 2025 gewachsenen Zweifeln an der militärischen Unterstützung durch die USA, mit ihren politischen Forderungen weitgehend durchgesetzt.

Wie in Kapitel 4 ausgeführt, ist es angesichts der generellen Unsicherheit im Hinblick auf die russische Motivation bezüglich einer Aggression gegen NATO-Bündnisgebiet auch sinnvoll, zunächst auf militärische Abschreckung zu setzen. Das gilt ebenfalls für die Umstellung der Strategie der NATO nach 2022, weg vom „Tripwire“-Konzept hin zu einer Strategie, die mittels verstärkter Präsenz an der Ostflanke darauf setzt, Russland im Falle eines Angriffs den Zugang zu NATO-Territorium zu verwehren. Während die NATO im nuklearen Bereich weiterhin auf deterrence by punishment setzt, verstärkt dieser Ansatz das Element einer konventionellen deterrence by denial, was mit einem geringeren Eskalationsrisiko behaftet ist. Insofern macht auch die Stationierung einer Brigade der Bundeswehr in Litauen zunächst einmal Sinn.

Allerdings ist bislang nicht zu erkennen, dass dieser deterrence by denial Ansatz primär an einer Strategie der Positionsverteidigung ausgerichtet ist. Vielmehr scheinen NATO und Bundeswehr dabei vor allem auf Manöververteidigung in Kombination mit Schlägen tief ins russische Hinterland zu setzen, wie es schon das Modell der „Vorwärtsverteidigung“ im Kalten Krieg vorsah. Das legen sowohl das neue strategische Konzept der NATO nahe, wie auch der Fokus des NFM auf die schnelle Verlegung größerer gepanzerter Verbände nach Osten sowie die Pläne zur Stationierung von Distanzwaffen in Deutschland. Das ist hochriskant, weil für beide Seiten unklar ist, wie die jeweils andere Seite auf die Zerstörung solcher Ziele im Hinterland reagiert. Die Idee, unter einem nuklearen Schutzschirm einen konventionellen Krieg zu führen und zu gewinnen ist äußerst gefährlich; vor allem dann, wenn besonders hochwertige Ziele der Gegenseite angegriffen werden, die eventuell sogar eine Rolle im Rahmen der nuklearen Zweitschlagfähigkeit spielen, wie zum Beispiel Kommando- und Kontroll-Einrichtungen der russischen Nuklearstreitkräfte. Gerade wenn solche Präzisionsangriffe der NATO von Erfolg gekrönt sein sollten, besteht die Gefahr, dass Russland zu der Ansicht gelangt, die

konventionelle Überlegenheit der NATO dann mittels taktischer Atomwaffen kontern zu müssen. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass sich die Bundesregierung mit ihrer Ambition verhebt, die USA als zentralen Integrator der europäischen Verteidigung gegenüber Russland zumindest teilweise zu ersetzen. Wie in Kapitel 2 dargelegt wurde, ist das noch über viele Jahre hinweg schlicht unrealistisch. Wenn Deutschland und seine europäischen Partner auf eine derart riskante Abschreckungsstrategie setzen, dann könnten sie bei einem russischen Angriff auf das Baltikum tatsächlich vor dem in zahlreichen Szenarien skizzierten Dilemma stehen, dass sie es wären, die den Konflikt militärisch eskalieren müssten (mittels des Vorrückens massierter Kräfte, begleitet von Luftschlägen auf Stellungen auch auf russischem Territorium) – ohne jedoch die durch die USA abgesicherte Eskalationsdominanz und Glaubwürdigkeit bei der nuklearen Abschreckung zu besitzen.

Ein Strategiewechsel hin zu einer defensiven Verteidigung, die den Schwerpunkt von der Manöver- auf die Positionsverteidigung verschiebt, wäre deshalb ein großer und wichtiger Schritt. Eine solche Strategie kann Eskalationsrisiken verringern und wäre vermutlich die effektivere Form der Abschreckung, da sie weniger auf die US-amerikanische Unterstützung und Rückversicherung angewiesen ist. Zudem wäre eine solche Strategie kostengünstiger, da sie primär auf vorbereitete Befestigungsanlagen, mobile Artilleriesysteme und ein Netzwerk aus kleinen aber mobilen und gut ausgerüsteten Infanterieeinheiten setzt, anstatt auf den Ankauf und die Entwicklung sehr teurer Hightech-Waffen wie etwa der F-35. Es spricht einiges dafür, dass so mancher Euro aus dem Verteidigungshaushalt besser und effizienter in die Errichtung und Verstärkung der Baltic Defence Line, in die Verbesserung und Absicherung der Nachschubwege sowie in die Versorgung mit Munition und Ersatzteilen investiert wäre, als beispielsweise in den Ankauf von (weiteren) F-35 Kampfflugzeugen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Diese Studie argumentiert nicht generell dagegen, neue Waffensysteme zu entwickeln und für die Bundeswehr zu beschaffen. Aber die Begründungspflicht für die Beschaffung von neuen und sehr teuren Waffensystemen liegt zunächst einmal bei den Befürwortern derartiger Aufrüstung. Sie müssten klar sagen, wofür

konkret diese Waffen benötigt werden und sich der Diskussion stellen, ob es nicht Alternativen gibt, die kostengünstiger sind und/oder sogar besser zu den festgelegten strategischen Zielen passen. So könnte zum Beispiel die Entwicklung und Beschaffung von bewaffneten Drohnen mit vergleichsweise geringer Reichweite, wie sie die Bundesregierung nun plant, durchaus ein geeignetes Mittel sein, um die Abwehr eines russischen Angriffs auf das Baltikum zu verstärken und dadurch abzuschrecken. Es geht hier also nicht um ein „entweder... oder...“. Es ist völlig klar, dass die deutschen und europäischen Streitkräfte unterschiedliche Waffensysteme brauchen, um eine erfolgreiche Abschreckung zu praktizieren. Angesichts der Unvorhersehbarkeit militärtechnologischer, taktischer und strategischer Entwicklungen wäre es zu riskant, nur auf eine Karte zu setzen. Es geht aber um die richtige Balance. Und hier entsteht der Eindruck, dass die Bundesregierung bislang, vor allem mit dem Sondervermögen, überwiegend auf teure Groß- und Prestigeprojekte setzt.

Anstatt Wunschlisten des Verteidigungsministeriums abzuarbeiten, brauchen wir daher dringend mehr kritische öffentliche Diskussion über das Für und Wider von Beschaffungsvorhaben. Insbesondere muss es darum gehen, welche Aufgaben die Waffen haben (sollen), ob sie zu einer sinnvollen Gesamtstrategie passen und ob es nicht bessere Alternativen gibt. Diese Aufforderung richtet sich nicht nur an die Aufrüstungsbefürworter (auch wenn diese zunächst einmal in der Begründungspflicht sind), sondern auch an die Aufrüstungsskeptiker. Deren Kritik ist vielleicht nicht immer dort am gewichtigsten, wo sie jegliche Aufrüstung pauschal ablehnt, sondern dort, wo sie deren Probleme, Risiken und bessere Alternativen aufzeigt.

Der größte blinde Fleck in der Sicherheitspolitik der Bundesregierung – der aktuellen wie der vorherigen – ist das völlige Fehlen von Überlegungen für eine rüstungskontrollpolitische Einhegung der beschlossenen Aufrüstung. Bezeichnend hierfür ist die Entscheidung zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026. Als die Ampel-Regierung diese Entscheidung 2024 getroffen hat, wurde dies nicht – wie beim NATO-Doppelbeschluss in den 1980er Jahren – mit einem parallelen Angebot an Russland zur beidseitigen Begrenzung dieser Waffensysteme verbunden. Wie in dieser

Studie dargelegt, haben die Befürworter von Rüstungskontrollbemühungen mehrere gute Argumente auf ihrer Seite. Rüstungskontrolle kann dabei helfen, Eskalationsrisiken zu reduzieren und das Zerstörungspotenzial zu begrenzen. Außerdem kann sie im Erfolgsfall auch helfen, Ressourcen einzusparen indem bestimmte Waffensysteme überflüssig werden, wenn auch die Gegenseite bereit ist, darauf zu verzichten. Dieser Punkt ist angesichts der enorm hohen Kosten der geplanten Aufrüstung der kommenden Jahre nicht zu unterschätzen.

Selbstverständlich wird das Bemühen um Rüstungskontrolle nicht einfach, angesichts der Tatsache, dass Russland in der Ukraine einen brutalen Angriffskrieg führt. Aber rüstungskontrollpolitische Fortschritte sind im Kalten Krieg auch in Situationen gelungen, die von großem Misstrauen geprägt waren. So starteten die Strategic Arms Limitation Talks (SALT) ein Jahr nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Und in den 1980er Jahren verhandelten USA und Sowjetunion erfolgreich über die Kontrolle von nuklearen Mittelstreckenraketen – während die Sowjetunion einen brutalen Krieg in Afghanistan führte. Es ist klar, dass Rüstungskontrolle in der gegenwärtigen Situation, die von großem Misstrauen gegenüber Russland geprägt ist, nur schrittweise und vorsichtig passieren kann. Vorschläge dafür (siehe 3.) liegen jedoch auf dem Tisch. Natürlich bedarf es für gelingende Rüstungskontrolle auch Verifikationsmechanismen durch die Vertragsverletzung erkannt werden. Denn dann bleibt immer noch der Weg zurück zur Aufrüstung. Das Angebot von Rüstungskontrolle ist somit auch ein Mittel, um Russlands Intentionen zu prüfen, ohne ein großes Risiko einzugehen. Rüstungskontrolle liefert keine Erfolgsgarantie, ist aber ein Instrument, um den Konfliktparteien zu helfen, gefährliche Aufrüstungsspiralen abzubremsen und im besten Fall auch wieder zurückzudrehen. Auch wenn man angesichts des fortgesetzten Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine nachvollziehbarerweise zu dem Schluss kommt, dass die Zeit für Rüstungskontrolle in Europa noch nicht da ist, sollte die Bundesregierung zumindest damit beginnen, Konzepte für Rüstungskontrolle auszuarbeiten, um auf die Zeit nach einem Ende des Krieges vorbereitet zu sein.

Zusammengefasst lauten die drei zentralen Ergebnisse dieser Studie und die daraus resultierenden Politikempfehlungen wie folgt:

1. Abschreckung ist nicht gleich Abschreckung:

Angesichts der veränderten Sicherheitslage in Europa durch den russischen Angriff auf die Ukraine hat eine Strategie der Abschreckung ihre Berechtigung. Die Bundesregierung sollte im Rahmen der NATO aber primär für einen Ansatz von deterrence by denial in Form einer defensiven Positionsverteidigung mit Schwerpunkt im Baltikum plädieren. Das ist risikoärmer als deterrence by punishment und angesichts Unsicherheiten bezüglich der US-Unterstützung für die europäischen NATO-Staaten auch realistischer umzusetzen.

2. Zielgerichtete Investitionen statt mehr von allem: Für die Umsetzung einer solchen Strategie ist es richtig, in bestimmten Bereichen aufzurüsten, etwa bei bewaffneten Drohnen

und deren Abwehr. Fragwürdig ist aber der bislang von der Bundesregierung praktizierte, auf teure Großprojekte fokussierte „viel-hilft-viel“ Ansatz. Die Bundesregierung sollte stattdessen zielgerichteter in den Ausbau der Verteidigungslinien im Baltikum investieren. Das passt besser zu einer defensiven Abschreckungsstrategie und ist darüber hinaus auch noch kostengünstiger.

3. Rüstungskontrolle eine Chance geben: Abschreckung allein ist zu riskant. Sie sollte durch Rüstungskontrolle ergänzt werden. Bestimmte Waffenkategorien, zum Beispiel weitreichende Distanzwaffen, passen nicht zur hier empfohlenen Abschreckungsstrategie und bergen vergleichsweise große Risiken im Hinblick auf Eskalationsgefahr und Schadenspotenzial. Die Bundesregierung sollte Konzepte zur Begrenzung dieser Waffen in Europa entwickeln. Im Erfolgsfall könnten enorme Kosten gespart werden.

Literaturverzeichnis

Abdulaziz, Selome (2025): Wachsender Verteidigungsetat. Werden die Rüstungsmilliarden richtig ausgegeben?, in: Tagesschau, 03. Juli 2025, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/aufruetzung-bundeswehr-boom-100.html>.

Arnold, Torben (2024): Neue Technologien für die Bundeswehr. Handlungsnotwendigkeiten durch technische Innovation, SWP-Aktuell, 14 / 2024, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2024A14_TechnologienBundeswehr.pdf.

Barrie, Douglas (2025): Europe's air of dependence, International Institute for Strategic Studies, 3. März 2025, <https://www.iiss.org/online-analysis/military-balance/2025/03/europes-air-of-dependence/>.

Beebe, George / Episkopos, Mark / Lieven, Anatol (2024): Right-Sizing the Russian Threat to Europe, Quincy Brief No. 40, July 2024, <https://quincyinst.org/research/right-sizing-the-russian-threat-to-europe/#executive-summary>.

Bernhard, Max (2025): 5-Prozent-Ziel der Nato: Was das für den Bundeshaushalt bedeutet, in: Correctiv, 25. Juni 2025, <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2025/06/25/5-prozent-ziel-der-nato-was-das-fuer-den-bundeshaushalt-bedeutet/>.

Bosica, Jacopo Maria (2024): NATO's New Force Model: A Watershed Step for the Alliance's Deterrence, Defence and Crisis Management Missions in a Complex Euro-Atlantic Security Landscape, Atlantic Forum, <https://www.atlantic-forum.com/atlantica/natos-new-force-model-a-watershed-step-for-the-alliances-deterrence-defence-and-crisis-management-missions-in-a-complex-euro-atlantic-security-landscape>.

Bundesministerium der Verteidigung (2024 a): Verteidigungsplanung: Der Weg zum neuen NATO Force Model, 07. Juli 2024, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/verteidigungsplanung-weg-zum-neuen-nato-force-model-5805918>.

Bundesministerium der Verteidigung (2024 b): 19. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten, Teil 1, <https://www.bmvg.de/resource/blob/5820310/c30ac0f6b6437838720d9d7e1298f6a8/19-ruestungsbericht-teil-1-data.pdf>.

Bundesministerium der Verteidigung (2025): Minister Pistorius: „Historische Wende bei den Verteidigungsausgaben“, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-gibt-statement-etatentwurf-2025-5958010>.

Bundeswehr (2026): Personalzahlen der Bundeswehr, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr>.

Burilkov, Alexandr / Guntram, Wolff (2025): Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was braucht wird, Kiel Policy Brief No. 183, Februar 2025, <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/europa-ohne-die-usa-verteidigen-eine-erste-analyse-was-gebraucht-wird-33811/>.

Carbonaro, Giulia (2024): Germany lays out 'exercise scenario' for a potential conflict between NATO and Russia, in: Euronews, 16. Januar 2024, <https://www.euronews.com/2024/01/16/germany-lays-out-exercise-scenario-for-a-potential-conflict-between-nato-and-russia>.

Clavilier, Yurri / Gjerstad, Michael (2025): Combat losses and manpower challenges underscore the importance of 'mass' in Ukraine, International Institute for Strategic Studies, 10. Februar 2025, <https://www.iiss.org/online-analysis/military-balance/2025/02/combat-losses-and-manpower-challenges-underscore-the-importance-of-mass-in-ukraine/>.

Der SPIEGEL (2025): Verband hält eine Millionen Reservisten für nötig, 05. April 2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-verband-haelt-eine-million-reservisten-fuer-noetig-a-ab4d5fbc-4709-41bb-be73-54ceaa16ef94>.

Die ZEIT (2025): Bundeswehr erstellt Prioritätenliste für Beschaffung, in: Die Zeit, 8. April 2025, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-04/verteidigung-bundeswehr-beschaffung-waffen-drohnen>.

Ehrhart, Hans-Georg (2025): UN-Blauhelme in der Ukraine: Peace Keeping, nicht Peace Enforcement, in: Der Freitag, 28. August 2025, <https://www.freitag.de/autoren/hans-georg-ehrhart/un-blauhelme-aus-dem-globalen-sueden-werden-fuer-die-ukraine-gebraucht>.

Fox, Amos C. (2021): Manoeuvre is Dead? Understanding the Conditions and Components of Warfighting, in: RUSI Journal, Vol. 166, No. 6 / 7, S. 10 – 18.

Fuhrhop, Pia (2025): Die Nato nach dem Gipfel in Den Haag, SWP-Aktuell, 33 / 2025, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2025A33_Nato-Gipfel_Den_Haag.pdf.

Friedensgutachten (2025): Frieden retten!. PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, <https://www.friedensgutachten.de/2025/ausgabe>.

Friedrichs, Hauke (2024): Was für die Bundeswehr bestellt wurde – und was ihr noch fehlt, in: Die ZEIT, 4. Juni 2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-05/bundeswehr-sondervermoeegen-militaer-investitionen>.

Friesendorf, Cornelius / Zellner, Wolfgang (2025): Das Ende der Schutzmacht. Was Europa nach Trumps Seitenwechsel tun muss, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4 / 2025.

Gady, Franz-Stefan (2021): Manoeuvre Versus Attrition in US Military Operations, in: Survival, Vol. 63, No. 4, S. 10 – 18.

Gady, Franz-Stefan / Kofman, Michael (2023): Ukraine's Strategy of Attrition, in: Survival, Vol. 65, No. 2, S. 7 – 22.

Gady, Franz-Stefan / Kofman, Michael (2024): Making Attrition Work: A Viable Theory of Victory for Ukraine, in: Survival, Vol. 66, No. 1, S. 7 – 24.

Gady, Franz-Stefan (2024): Die Rückkehr des Krieges. Warum wir wieder lernen müssen, mit Krieg umzugehen. Quadriga, 4. Auflage, Köln.

Galeotti, Mark (2022): The Personal Politics of Putin's Security Council Meeting, in: The Moscow Times, 22.02.2022, <https://www.themoscowtimes.com/2022/02/22/the-personal-politics-of-putins-security-council-meeting-a76522>.

Glaser, Charles (2024): Fear Factor. How to Know When You're in a Security Dilemma, in: Foreign Affairs, Juli / August 2024.

Hammes, T.X. (2021): The Tactical Defense Becomes Dominant Again, in: Joint Force Quarterly, No. 103, 4th Quarter 2021, S. 10 – 17.

Hauck, Uli (2024): Wo die Probleme bei der Bundeswehr liegen, in: Tagesschau, 25.04.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-probleme-102.html>.

Hauck, Uli (2025): Beschaffung für die Bundeswehr. Regierung will den Waffenkauf vereinfachen, in: Tagesschau, 23. Juli 2025, <https://www.tagesschau.de/inland/bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz-100.html>.

Herz, John (1950): Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: World Politics, Vol. 2 No. 2, S. 157 – 180.

Kallberg, Jan (2024): Code Red: How Russia Conquers the Baltics, Center for European Policy Analysis, 30. Januar 2024, <https://cepa.org/article/code-red-how-russia-conquers-the-baltics/>.

Kennedy, Mark / Renken, Jeremy (2025): Preparing for the Next Conflict: How NATO is Fortifying Its Defense, Wilson Center, 28 January 2025, <https://www.wilsoncenter.org/article/preparing-next-conflict-how-nato-fortifying-its-defenses>.

Koalitionsvertrag (2025): Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.

Loorents, Nele (2024): NATO's Regional Defence Plans, in: Washington Summit Series, No. 5, International Centre for Defence and Security, Juli 2024, https://icds.ee/wp-content/uploads/dlm_uploads/2024/07/No-5_NATOs-Regional-Defence-Plans_Nele-Loorents.pdf.

loyal (2025): Planung Bundeswehr Drohnen, @loyalmagazin, X, 13. August 2025, <https://x.com/loyalmagazin/status/1955592688817864903>.

Marrone, Alessandro (2023): How Strong Is NATO's Arm: Commands, Cash, Capabilities and Contributions, in: Leonardis, Massimo de (Hrsg.): NATO in the Post-Cold War Era. Continuity and Transformation, Palgrave Macmillan, Cham, S. 231 – 259.

Marson, James / Lytvynenko, Jane / Barnett, Andrew (2025): Russia's advance in Ukraine is slowing. Here's what's happening and why., in: The Wall Street Journal, 16. Februar 2025, <https://www.wsj.com/world/russia-ukraine-slowing-advance-reasons-9debf4e1>.

Masala, Carlo (2023): Bedingt abwehrbereit. Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende. Ein Gespräch mit Sebastian Ullrich und Matthias Hansl, C.H. Beck Verlag, München.

Masala, Carlo (2025): Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario, C.H. Beck Verlag, München.

Matlé, Aylin (2024): Deutschlands Zeitenwende in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. The good, the bad, and the ambiguous, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 17:1, S. 1 – 10, <https://doi.org/10.1007/s12399-023-00975-3>.

Mengelkamp, Lukas (2023): Defensive Verteidigung. Orientierungshilfen aus den 1980 ern, in: Wissenschaft und Frieden, 41: 1, S. 10 – 13.

Mengelkamp, Lukas / Graef, Alexander / Kühn, Ulrich (2022): A Confidence-Building Defense for NATO, in: War on the Rocks, 27. Juni 2022, <https://warontherocks.com/2022/06/a-confidence-building-defense-for-nato/>.

Mengelkamp, Lukas / Vincent, Sam (2026): Beyond Manoeuvre Theory for European Defence, in: Global Policy, online 23. Februar 2026, <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1758-5899.70130>.

Milevski, Lukas (2022): Russian Logistics and Forward Urban Defense in the Baltic States, in: Military Review, November–December 2022, S. 134 – 137.

Milevski, Lukas (2024): Manoeuvre Warfare in the Baltic. Political Imperatives and Tactical Conditions, in: The RUSI Journal, Vol. 169, No. 6, S. 78 – 86.

Mutschler, Max (2025): Sicherheitslage in Europa: Wettrüsten verhindern, in: taz, 28. März 2025, <https://taz.de/Sicherheitslage-in-Europa/!6074529/>.

Müller, Harald / Schörnig, Niklas (2006): Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Eine exemplarische Einführung in die Internationalen Beziehungen, Nomos, Baden-Baden.

Mölling, Christian / Schütz, Torben (2023): Den nächsten Krieg verhindern, in: DGAP Policy Brief, Nr. 23, November 2023, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/den-naechsten-krieg-verhindern-edina-iii>.

Nationale Sicherheitsstrategie (2023), Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland, <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>.

North Atlantic Treaty Organization (2022): NATO's Eastern Flank: Stronger Defence and Deterrence, Juni 2022, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/3/pdf/2203-map-det-def-east.pdf.

North Atlantic Treaty Organization (2025a): NATO's military presence in the east of the Alliance, 06. Juni 2025, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_136388.htm.

North Atlantic Treaty Organization (2025b): The Hague Summit Declaration, 25. Juni 2025, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_236705.htm.

Poensgen, Peter (2024): BND-Chef schlägt Alarm. Russland ist 2030 zum Angriff auf uns bereit!, in: BILD.de, 14. Oktober 2024, <https://www.bild.de/politik/inland/experten-warnung-im-bundestag-russland-koennte-die-nato-2030-angreifen-670cddb12de6a20c128095fe>.

- Reichel, Richard (2025): Auf Augenhöhe mit Russland: Welche militärischen Ressourcen werden benötigt?, in: Wirtschaftsdienst, 105. Jahrgang, Heft 4, April 2025, DOI: 10.2478/wd-2025-0066.
- Richter, Wolfgang (2024): Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland. Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit, Friedrich Ebert Stiftung, Juli 2024, <https://peace.fes.de/e/stationierung-von-us-mittelstreckenraketen-in-deutschland.html>.
- Röpcke, Julian / Xanthopoulos, Georgios (2024): Bundeswehr bereitet sich auf Putin-Angriff vor, in: BILD.de, 16.01.2025, <https://www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/politik-ausland/exklusives-geheim-papier-bundeswehr-bereitet-sich-auf-putin-angriff-vor-86752990.bild.html>.
- Ryan, Kevin (2024): The New „Baltic Way“: Assessing the Baltic Defensive Line Concept, Foreign Policy Research Institute, 13. Dezember 2024, <https://www.fpri.org/article/2024/12/the-new-baltic-way-as-assessing-the-baltic-defensive-line-concept/>.
- Sebaldt, Martin (2024): Die Bundeswehr im Schatten des modernen Krieges: Russlands Angriff auf die Ukraine und seine Folgen für Deutschlands Rüstungspolitik, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Vol. 17, S. 233 – 244.
- Steinmetz, Christopher / Wulf, Herbert / Lurz, Alexander (2024): Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der Nato und Russland, Greenpeace, https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf.
- Snyder, Timothy: How to negotiate with Russia. Account for history, law, and above all Ukraine. 19. November 2025, <https://snyder.substack.com/p/how-to-negotiate-with-russia>.
- Strobl, Richard (2025): Putin vor Nato-Angriff: heikler Russland-Schachzug und brisante Geheimdienst-Infos, in: Merkur.de, 25. Juni 2025, <https://www.merkur.de/politik/putin-vor-nato-angriff-heikler-russland-schachzug-und-brisante-geheimdienst-infos-93777547.html>.
- Tanghe, Mila (2025): Going, Going ...? The US Base Network in Europe, Center for European Policy Analysis, 14 April 2025, <https://cepa.org/article/going-going-the-us-base-network-in-europe/>.
- The Military Balance (2024), International Institute for Strategic Studies.
- Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte (2025), Jahresbericht 2024 (66. Bericht), Drucksache 20 / 15060, 11.03.2025, <https://dserv.bundestag.de/btd/20/150/2015060.pdf>.
- von Boemcken, Marc / Rohleder, Paul / Bayer, Markus / Hauk, Stella (2023): Verschwendet oder effektiv eingesetzt? Militärausgaben in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich im Vergleich, Greenpeace, https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_BICC_StreitkraefteVergleich.pdf.
- Wachs, Lydia (2023): Russlands Raketen und die European Sky Shield Initiative, SWP-Aktuell, 40 / 2023, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A40_ESSI.pdf.
- Wiegold, Thomas (2025 a): Schnelle Beschaffung von Loitering Munition: Bundeswehr steigt in den Drohnenkrieg ein (Neufassung), in: Augen geradeaus!, 03. April 2025, <https://augengeradeaus.net/2025/04/schnelle-beschaffung-von-loitering-munition-bundeswehr-steigt-in-den-drohnenkrieg-ein-neufassung/>.
- Wiegold, Thomas (2025 b): Deutsch-britische Entwicklung für Langstreckenwaffen mit 2.000 km Reichweite vereinbart (2. Neufassung), in: Augen geradeaus!, 15. Mai 2025, <https://augengeradeaus.net/2025/05/deutsch-britische-entwicklung-fuer-langstreckenwaffen-mit-2-000-km-reichweite-vereinbart-2-neufassung/>.
- Wolff, Guntram B. / Burilkov, Alexandr / Bushnell, Katelyn / Kharitonov, Ivan (2024): Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland, in: Kiel Report Nr. 1, Kiel Institut für Weltwirtschaft, September 2024, https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/1bceb8c-84e8-4f3d-a7d3-1793b3ba9850-Kiel_Report_Nr_1.pdf.
- Zellner, Wolfgang (2025): Conventional arms control during wartime, in ceasefire and post-conflict situations, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21864-20250218.pdf>.

Endnoten

- 1 Für wertvolle Hinweise und Kommentare zu vorangegangenen Versionen dieses Textes danke ich neben dem Team von Greenpeace insbesondere Thomas Nielebock, Marc von Boemcken, Marius Bales und Markus Bayer. Besonderer Dank für ihre Mitarbeit an dieser Studie gilt Zoe Höh und Hannah Jülich.
- 2 Für einen Überblick über die Geschichte dieser Konzepte der defensiven Verteidigung und Überlegungen zu ihrer Aktualität siehe Mengelkamp et al. (2022), Mengelkamp (2023) und Mengelkamp / Vincent (2026).
- 3 Grundlegend zum Konzept der Rüstungskontrolle, siehe Müller und Schörnig (2006: 123 ff); für eine kurze Zusammenfassung des Nutzens von Rüstungskontrolle angesichts der Sicherheitslage in Europa, siehe Mutschler (2025).

4 <https://snyder.substack.com/p/how-to-negotiate-with-russia>

5 In Theoriedebatten über internationalen Beziehungen wird diese Denkschule als „defensiver Realismus“ bezeichnet.

6 Das ist die klassische Logik des sogenannten Sicherheitsdilemmas (Herz 1950).

7 Dass Putins kriegischer Kurs in der Außenpolitik selbst innerhalb seines engen Beraterkreises nicht unbedingt von allen geteilt wird, lässt etwa der Ablauf der Sitzung des russischen Sicherheitsrates am 21. Februar 2022, also kurz vor dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, vermuten. Siehe hierzu beispielsweise Galeotti (2022).

8 So basieren die Berechnungen von Burilkov und Wolff (2025) zur russische Waffenproduktion auf der Annahme, dass Russland seine in der Ukraine erlittenen Verluste an Großwaffensystemen wieder 1:1 auffüllt. Doch ob das auch tatsächlich zutrifft ist unklar. Schließlich gibt es dazu ja Alternativen, etwa statt auf Panzer verstärkt auf Infanterie zu setzen.

9 Es soll darauf hingewiesen werden, dass in diesem Kontext neben Politiker:innen und dem Führungspersonal der Bundeswehr auch den Medien eine wichtige Funktion und Verantwortung bei der Einordnung solcher Szenarien und Planspiele zukommt. Schlagzeilen wie beispielsweise „Putin vor Nato-Angriff: heikler Russland-Schachzug und brisante Geheimdienst-Infos“ (Strobl 2025) oder „Russland ist 2030 zum Angriff auf uns bereit!“ (Poensgen 2024) – und diese Aufzählung könnte lange fortgesetzt werden – deuten an, dass viele Medien sich mit dieser Verantwortung schwertun.

10 Das bedeutet nicht, dass Raketenabwehr nicht auch sinnvoll sein kann, weil sie die gegnerische Kalkulation der Erfolgswahrscheinlichkeit eines Raketenangriffs erschwert und ihn zu einem höheren Einsatz seiner Mittel zwingt. Aber ein vollständiger Schild gegen russische Raketenangriffe, wie es der Name der 2022 ausgerufenen European Sky Shield Initiative (ESSI) suggeriert, kann es nicht geben (Wachs 2023).

